

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 41. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 2 2006

Schweizer Kinder braucht das Land!

Schweizer sterben aus und werden durch eine eingewanderte Unterschichtbevölkerung ersetzt



Dr. med. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat,
Dübendorf

Es ist eine Schwäche der Regierungsparteien, dass sie alles schönfärben, und da in der Schweiz alle grossen Parteien im Bundesrat sitzen, hat die Schönfärberei fast keine Grenzen. Etwas, das ständig in den rosigen Farben dargestellt wird, ist z.B. die demografische Lage. Das Geburtendefizit der eingeborenen Bevölkerung der Schweiz wurde von sämtlichen Medien und auch der offiziellen Politik lange als Tabu behandelt, obschon es nicht erst seit gestern existiert.

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

Jetzt tauchen plötzlich fast überall Artikel auf, die sich mit dem Thema beschäftigen. Offensichtlich musste zuerst die Revision unseres Strafgesetzes bezüglich Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches durchgebracht werden, bevor man offen über dieses Schweizer Problem reden durfte!

Nun gehen die Beschwörungen in die Gegenrichtung. Man beschwört mit fraglichem Er-

folg eine «neue Mütterlichkeit» und befürchtet eine Schrumpfung, ja sogar ein Aussterben der Bevölkerung der Schweiz, was natürlich Unsinn ist! Nicht nur, dass mit solchen Beschwörungen unsere demografischen Probleme nicht aus der Welt geschafft sind, seit kurzem hat unsere Wirtschaft auch die Möglichkeit, beliebig viele Arbeitskräfte aus dem ganzen EU-Raum zu rekrutieren. Und sollte auch in der EU wegen der niedrigen Geburtenziffern einmal ein Arbeitskräftemangel entstehen, so stehen in Afrika und Asien genügend Menschenmassen vor der Türe, die man hereinholen könnte. Wenn überhaupt, so ist es eher ein Mangel an Arbeitsplätzen als ein Mangel an Menschen, der uns bevorsteht! Bisher wurde das Schweizer Geburtendefizit nämlich noch immer durch die Einwanderungsrate überkompensiert, so dass sich daraus ein Bevölkerungswachstum ergab, und es ist durchaus nicht anzunehmen, dass es in Zukunft anders sein wird. Das Problem ist also differenziert zu betrachten, und nicht extremistisch, wie es unsere Medien tun!

Richtig ist, dass es unter der einheimischen Bevölkerung ein Geburtendefizit gibt, und das seit etwa 1970. Der Babyboom der Sechzigerjahre ist auch so ein verlogener Begriff. Die damalige Schweizer Geburtenziffer war kein «Boom», sondern nur eine ganz normale Geburtenzahl, welche uns ein Weiterleben als Volk gewährleistete. Dass es tatsächlich zum demografischen Problem wurde, das nun unsere Altersversorgung bedroht, lag nur daran, dass ausgerechnet in der Zeit, da unsere Mütter genügend Kinder auf die Welt brachten, sich eine Einwanderungswelle auf die an sich normale Geburtenziffer noch aufpfropfte! Ein Berg ähnlicher Jahrgänge, Schweizer und Aus-



länder bzw. Einwanderer, steht nun kurz vor der Pensionierung, was unsere AHV und Pensionskassen selbstverständlich strapaziert!

Ungenügende Geburtenziffer

Wahr ist, dass die Geburtenziffer der einheimischen Bevölkerung ungenügend ist. Der so genannte Nettoreproduktionsindex der Schweizer, das ist die Zahl der Kinder, welche die in einem gebärfähigen Alter stehenden Frauen im

Fortsetzung Seite 2

Démocrate  Suisse
Pages 13-15
Wahlen Kanton Zürich:
SD  -Liste
unverändert!

Inhalt

- 3 Halbmond über Europa?
- 4 Sage mir, mit wem du gehst...
- 6 Deiss findet Aldi gut
- 7 Instrumentalisierter Holocaust-Gedenktag
- 8 Heimat statt Globalisierung
- 10 Wahlen Kanton Zürich
- 11 Der Leser hat das Wort

Schweizer Kinder braucht das Land

Fortsetzung von Seite 1

Durchschnitt auf die Welt bringen abzüglich die Sterblichkeit, beträgt derzeit 1,2. Für eine volle Fortpflanzung wären 2,1 nötig. Im Grunde ist die Lage für die Eingeborenen noch dramatischer. Denn in der Zahl 1,2 sind auch alle Eingebürgerten mitgezählt! Wenn wir also unsere Lage mit derjenigen der nordamerikanischen Indianer im 19. Jahrhundert vergleichen, so ist das keine Übertreibung oder ein neckisches Wortspiel. Die Lage ist in Sachen Geburten tatsächlich vergleichbar!

Dass Kommentatoren auf die Idee kommen, sogar die ganze Bevölkerung könnte aussterben, hat damit zu tun, dass auch die Nettoerproduktionsziffer der in der Schweiz ansässigen ausländischen Bevölkerung unter 2,1 liegt, nämlich bei 1,8. Auch sie sterbe also angeblich aus. Hier liegt aber eine offensichtliche Fehlbeurteilung vor. Denn ein ziemlich grosser Teil der Kinder von Einwandererfamilien wird nicht in der Schweiz, sondern im Ausland geboren und kommt erst nach einigen Jahren als Familiennachzug in die Schweiz, ist also im Nettoerproduktionsindex gar nicht mitgezählt, die Erklärung dafür, wieso die grosse Zahl von Einwandererkindern in unsern Schulen so gar nicht passen will zur Fortpflanzungsziffer 1,8!

Die Ursachen für das Absacken der Schweizer Geburtenziffer sind vielfältig. Z.B. führt die allgemeine Umweltverschmutzung zu einer wissenschaftlich erhärteten Verminderung der männlichen Fruchtbarkeit. Wichtige Gründe sind allerdings sozialpsychologischer Art. So werden heute fast alle Frauen von der Wirtschaft in eine äusserhäusliche Erwerbsarbeit gedrängt. Gegen eine massvolle Berufstätigkeit von Frauen ist ja auch gar nichts einzuwenden. Für einen Teil ist diese Tätigkeit allerdings ein Zwang, weil heute Löhne ausbezahlt werden, dass ein einziger für die Gründung und den Erhalt einer Familie nicht mehr ausreicht. Besonders für kinderreiche Familien – und angesichts der sterilen Ehen sind Familien mit mindestens drei Kindern nötig! – ist jedoch eine Mutter, die zu Hause bleibt und für die Kinder sorgt, namentlich wenn sie noch klein sind, eine unumgängliche Bedingung!

Der bessere Teil stirbt aus!

Ganz schlimm wird die Beurteilung, wenn wir die unterschiedliche Fortpflanzungsrate verschiedener sozialer Schichten betrach-

ten, was heute ebenfalls gemacht wird. 40% der Akademikerinnen bleiben in der Schweiz kinderlos! Je höher der Bildungsgrad, umso kinderärmer ist der Bevölkerungsanteil! Frauen mit einfacher Bildung haben im Durchschnitt 1,8 Kinder, solche mit mittlerer Ausbildung 1,4 und mit höherer Bildung 0,9 Kinder. Es ist also besonders der intelligentere Teil unseres Volkes, der ausstirbt und durch eine Einwandererbevolkerung, die vorwiegend aus der Unterschicht stammt, ersetzt wird!

Auch dieser Tatbestand wurde lange von der Wissenschaft nicht untersucht und auf diese Weise geheim gehalten, und es ist un schwer herauszufinden warum. Er betrifft die so genannte positive

Eugenik, und die einzige politische Bewegung in der Geschichte, die sich mit ihr befasst hat, ist der deutsche Nationalsozialismus, während die negative Eugenik, auch sie ein Programmpunkt der NSDAP, längst auch bei uns angewendet wird, nämlich durch die Pränataldiagnostik und neuerdings – soeben von den eidgenössischen Räten beschlossen – die Präimplantationsdiagnostik! Wiederum ist es vor allem die Wirtschaft, die sich über eine ungenügend grosse Zahl tüchtiger Akademiker und «guter» Lehrlinge beklagt, ausgerechnet sie, die durch ihr Verhalten dafür sorgt, dass nur wenige geboren werden!

Die Ursachen dieser ungelösten demografischen Probleme sind viel-

fältig, so dass nicht eine einzelne Massnahme, sondern nur ein Bündel sie überwinden kann. Ein bisschen mehr Krippen und Tageschulen lösen die Probleme nicht! Vor allem wäre ein Wandel der herrschenden Mentalität, ein Paradigmenwechsel, wie man heute sagt, nötig, der uns wegbringen würde von unserem Wertesystem, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld zu verdienen, während wir uns dabei selbst zerstören; weg vom herrschenden «ökonomischen Extremismus» (Altnationalrat der SVP Peter Sager).

Gelingt uns das nicht, werden wir die Schweiz nach verhältnismässig kurzer Zeit nicht mehr erkennen!

Peter Sager

Wie weiter – mit der Menschheit?

Empirisch-soziologische Reflexionen über die Probleme der Gegenwart in demografischer und historischer Sicht; v. Hase & Koehler Mainz 2002, 512 Seiten, gebunden, Sfr. 58.–.

Der Verfasser, Politologe mit Zusatzausbildung in Ökonomie, wurde hauptsächlich bekannt als Leiter des schweizerischen Ost-Instituts in Bern. Er sass für die SVP im Nationalrat und war dort Kollege des Rezensenten. Das hier besprochene Buch ist eine Perle, und man muss es sehr bedauern, dass es keine weitere Verbreitung gefunden hat. Insbesondere ist zu bedauern, dass sich die angestammte Partei von Sager nicht mehr um dieses Buch gekümmert und es so

breiteren Kreisen bekannt gemacht hat. Sager beschäftigt sich nämlich mit dem Tatbestand der Übervölkerung und dessen verheerenden Auswirkungen und beleuchtet dieses Problem von allen Seiten. Dass er sich damit auch mit Dingen wie Geschlechterverhältnis, Feminismus, Empfängnisverhütung, Abtreibung, Hypersexualität, Homosexualität, Konkubinat, Pornografie, Perversionen, Aggression, Nationalismus, Xenophobie, Ökologie und Migration auseinandersetzt, versteht sich von selbst. Akribisch und bis ins Detail, eine Unmenge von Literatur verarbeitend, beschreibt er die Phänomene und vernachlässigt dabei auch die Ethologie oder vergleichende Verhaltensforschung nicht, eine Wis-

senschaft, welcher man allgemein mehr Beachtung wünschen würde. Er kreiert dabei auch treffende Ausdrücke wie etwa der herrschende «ökonomische Extremismus» und nimmt die Ideologie der so genannten Neuen Linken besonders aufs Korn. Neben Kleinigkeiten muss man dem Verfasser vor allem eines vorwerfen: das wissenschaftlich gesicherte Territorialverhalten des Menschen in seinen Betrachtungen völlig auszuklammern, und dies obschon er Autoren wie Konrad Lorenz und Irenäus Eibl-Eibesfeldt ausgiebig zitiert. Schon allein durch den riesigen Literaturnachweis ist das Buch aber sehr wertvoll, auch für Wissenschaftler.

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

Liebe SD- und Rätselfreunde



Barbara Zbinden, Sigriswil

Seit fast genau zwei Jahren betreue ich nun die Rätselserie in unserer SD-Zeitung. Diese Zeit hat mir viele neue Erlebnisse gebracht und vor allem auch viel Freude gemacht. Das Rätsel ist damals nach einer schon erfolgreichen, ähnlichen Idee entstanden. Ich war glücklich, eine entsprechende Plattform gefunden zu haben. Für mich stand im Vordergrund, Politik auch spielerisch anschaulich zu machen, denn das Leben ist ja eigentlich unser grösstes Spiel.

Neuorientierung

Dank dieser Einstellung ergaben sich für mich persönlich auch weitere Möglichkeiten. Auf der anderen Seite hat dieses Schweizerkreuz-Rätsel in dieser Form nicht die Selbstständigkeit erreicht, die ich mir gewünscht hätte. Die Suche nach Sponsoren war schwierig. Getraut hat sich niemand so recht... Und selber diese Lücke stopfen hat beim besten Willen auch mal ein Ende. **Aus diesen Überlegungen heraus habe ich mich nun entschlossen, diese Seite aufzulösen.**

Ich danke jedenfalls allen recht herzlich, die mich in dieser Zeit positiv unterstützt haben. Sei es mit Rätsellösungen, guten Ideen oder

Sponsoring. Die vielen schönen Reaktionen waren für mich bereichernd.

Den Rätseln werde ich aber weiterhin die Treue halten. Rätsel und Märchen schreiben ist und bleibt mein zweiter Beruf. Wer Interesse hat, kann mich im Internet unter www-raetsel-und-maerchen.ch jederzeit finden. Es besteht auch künftig die Möglichkeit, persönliche Rätsel gestalten zu lassen oder Märchnachmittage zu buchen. Ich freue mich über den Kontakt mit Euch.

In diesem Sinne wünsche ich allen eine gute, persönlich erfolgreiche Zeit. *Barbara Zbinden, Sigriswil*

Gewinner aus Nr. 11/05:

Rosa Fay-Lüthi, Freiestrasse 69, 8952 Schlieren; Siegfried Ammann, Feldstrasse 20, 8800 Thalwil; Peter Maier, Reutlenring 22, 8302 Kloten

Halbmond über Europa?

Momentan ist viel die Rede von Verhandlungen zwischen Brüssel und Ankara betreffend einen eventuellen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Dieser Staat mit einer Oberfläche von 774 810 km² – wovon nur deren 23 623, also 3% in Europa (Türkisch-Thrakien) liegen – und rund 70 Millionen Einwohnern will und soll **auf Geheiss der USA** Mitglied der EU werden. Befürworter eines türkischen Beitritts zum Brüsseler Europa betrachten das Kernland des einstigen Osmanischen Reiches als Teil des Abendlandes und berufen sich dabei auf das von römischer und hellenischer Kultur geprägte Byzantinische (Oströmische) Reich, dessen am Bosphorus gelegene Stadt Byzanz im Jahre 330 von Kaiser Konstantin dem Grossen als Konstantinopel, das heutige Istanbul, zur Hauptstadt erhoben wurde. Dieses von zentralasiatischen Stämmen immer wieder bedrohte Reich hatte etwa 1000 Jahre lang Bestand; aber mit der Eroberung Konstantinopels durch die Truppen des Osmanensultans Mehmed II. am 29. Mai 1453 war sein Schicksal besiegelt.

Schon 1353 griffen die Osmanen nach Europa aus. 1365 erhob Sultan Murad I. Adrianopel (türkisch: Edirne; heute nahe der Grenze zu Bulgarien) zur ersten Hauptstadt seines Reiches auf europäischem Boden. 1389 siegten die Osmanen auf dem Amselfeld, heute: Kosovo, über Bosnier, Serben und Makedonen. 1448 wurde das Amselfeld erneut Schauplatz einer Türken Schlacht, wo der Ungarnführer Johannes Hunyadi den Osmanen unterlag. Als Folge dieser Kriege blieb der Balkan fast ein halbes Jahrtausend türkisch. (Vgl. Bernhard Barkholdt: «Halbmond über Deutschland? – Warum die Türkei nicht in die EU gehört», FZ-Verlag, München, 2004, ISBN 3-924309-69-8, S. 17, Euro 9,90)

Wer sind die Türken, und woher kommen sie? Dazu das zitierte Werk, S. 3: «Um die Mitte des vierten Jahrhunderts nach der Zeitenwende fluten Nomaden mit Ursprung in Zentralasien durch die Kaspische Senke nach Europa. Sie nennen sich Turuk bzw. Türük, was «die Starken» bedeutet – das Wort Türke stammt daher. Von den Chinesen, die gegen sie die Grosse Mauer errichtet haben, werden sie als Hiung-nu (wohl: «die Dunklen» oder auch: «die Schrecklichen») gefürchtet. In Europa aber verewigen sie sich unter einem Namen, der im Alttürkischen wurzelt (Hun =

«Mensch, Volk») und begrifflich mit Hünen (eigentlich «Riesen»; hier wahrscheinlich im Sinne von: «die Ungeheuren») verschmilzt: Hunnen.»

Kein europäisches Land

Die Regierung der heutigen Türkei ist sich der Geschichte der zentralasiatischen Vorfahren wohl bewusst und hat verschiedene Persönlichkeiten aus jenen längst vergangenen Zeiten mit deren Bildnis auf Briefmarken geehrt: Hunnenkönig Attila – 50 Lira 1984, den Awaren-Khan Bajan – 20 Lira 1985, Batu Khan (Dschingis Khans Enkel) – 10 Lira 1987, Timur Lenk alias Tamerlan – 20 Lira 1986. Timur, ein «türkisiert Mongole» eroberte mit äusserster Brutalität ein gewaltiges Reich mit Samarkand im heutigen Usbekistan als Zentrum voll Pracht, Protz und Prunk, welches um 1500 ein Ende fand. Selbst der Graue Wolf, das Haupttotem von Turkvölkern, fand seinen Platz auf einer Briefmarke. Dem türkischen Nationalmythos zufolge rief ein Grauer Wolf die Vorväter zur Eroberung des Westens. Atatürk belebte das Mythentier als Nationalsymbol neu. (ibd. S. 5, 7, 15–17). Selbst wenn die im Südosten des Landes beheimateten ca. 13 Millionen Kurden Indogermanen sind, ist es abwegig, die Bevölkerung der Türkei als europäisch zu betrachten.

Im 16./17. Jahrhundert entfaltete das Osmanische Reich seine grösste Macht und herrschte ganz oder erheblicenteils über das Gebiet von 27 heutigen Staaten in Europa, Asien und Afrika.

(Ibd. S. 21) Im September/Oktober 1529 und Juli/September 1683 belagerten die Osmanen Wien. Am 12. September 1683 läutete die Schlacht am Kahlenberg, wo das Heer des Grosswesirs Kara Mustafa von den deutschen und polnischen Truppen unter Herzog Karl V. von Lothringen und König Johann III. Sobieski empfindlich geschlagen wurde, das langsame Ende der türkischen Herrschaft auf europäischem Boden ein. Nach den Balkankriegen von 1912/13 blieb nur noch Ostthrakien als europäisches Gebiet in osmanischer Hand, und nach dem Ersten Weltkrieg ging das einst mächtige Reich auch seiner nahöstlichen Gebiete wie Syrien, Libanon, Palästina, Irak und des arabischen Küstenstreifens am Roten Meer mit den heiligen Städten des Islams Mekka und Medina verlustig. Das Territorium der von



Im Gegenwind – der mögliche Beitritt der Türkei zur EU sorgt vor allem in der Bevölkerung für Unmut.

(Bild: Europäische Gemeinschaft)

Mustafa Kemal Atatürk am 29. Oktober 1923 in Ankara (früher Angora) ausgerufenen Republik blieb auf Kleinasien und das vorerwähnte europäische Ostthrakien beschränkt.

Atatürk unterzog das Land tief greifenden Reformen wie die Ersetzung der arabischen durch die lateinische Schrift, Förderung des Bildungswesens, Einführung europäischer Kleidung, Trennung von Religion und Staat (faktisch übt das Amt für religiöse Angelegenheiten die Kontrolle über das religiöse Leben aus), eine möglichst starke Europäisierung auch im Bereich der Wirtschaft und Technik. Für Atatürk war das Ziel lediglich die technisch-industrielle und wissenschaftliche Entwicklung, **niemals aber eine Identitätswandlung, aus der türkischen Nation eine westeuropäisch fühlende Nation zu machen**, wie Dr. Yüksel Pazarkaya in seinem Werk «Die Türken», Frankfurt/Main 1983, schrieb.

Die Türkei den Türken

Der Nationalismus wurde zum überragenden Prinzip der von ihm geprägten Staatsideologie, des Kemalismus. «Als obersten Grundsatz gibt Atatürk aus: «Türkiye Türklerindir!» Das heisst: «Die Türkei den Türken!» Die Maxime lebt fort. Die auflagenstärkste Türkenzeitung, «Hürriyet», beispielsweise führt den Leitsatz neben Halbmondbanner und Atatürkikonterfei Tag für Tag in ihrem Kopf, auch in ihrer Ausgabe für die Türken in Deutschland. «Ne mutlu Türküm diyene» – jeder Türke kennt diesen Ausspruch des Vaters der Nation, der bedeutet: «Wie glücklich ich bin, ein Türke zu sein!» Seit Atatürk gelobt das türkische Schulkind, «meine Nation mehr zu lieben als mich selbst» und «mich für das Türkentum aufzuopfern». Ohne Unterlass hat der grosse Führer jeden Volksgenossen ermahnt: «Türk! Ögün!» – «Türke, sei stolz!» (ibd. S. 67/69) In der

Schweiz wäre so etwas undenkbar. Das Konterfei Winkelrieds mit dem Spruch «Die Schweiz den Schweizern!» auf dem Titelblatt der «NZZ» oder des «Blick»? Oh, Schreck! Bei uns macht man lieber in Nationalmasochismus.

Obwohl die Türken sich aus den von ihnen einst beherrschten europäischen Ländern zurückziehen mussten, ist der Islam doch vielerorts verblieben und blüht gegenwärtig je länger, je mehr, was der heutigen Türkei, welche den von Atatürk proklamierten Laizismus über Bord geworfen hat und zusehends islamistischer wird, dort ein willkommenes Betätigungsfeld zur politischen und religiösen Einflussnahme bietet. In Bosnien-Herzegowina, Albanien, dem Kosovo, Mazedonien und Bulgarien und anderswo haben die Türken bei der Reislamisierung der Region die besseren Karten in der Hand als Saudiarabien, Iran oder Pakistan. (Vgl. Alexander Del Valle: «La Turquie dans l'Europe – Un cheval de Troie islamiste?» – «Die Türkei in Europa – Ein islamistisches trojanisches Pferd?», Editions des Sytes, Paris, 2004, ISBN 2-84545-093-1, Euro 23.–, S. 226/233)

Millionen-Einwanderungspotenzial

Auch der Zusammenbruch der Sowjetunion kommt der vom Willen zur Macht und von der Wiederauferstehung des Osmanischen Weltreiches beseelten Türkei zugute. «Ihre Interessen reichen aber noch weiter **bis an die Grenzen Chinas**. 1992 ist unter Federführung des türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal in Ankara der **Zentralasiatisch-Türkische Gipfel** (Orta Asya Türk Cumhuriyetleri Toplantısı; OATCT) gegründet worden. Ihm gehören Aserbeidschan, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, die Türkei, Turkmenistan und Usbekistan an; die «Türkische Republik Nordzypern» ist assoziiert. OATCT strebt enge wirtschaftliche, politische und kulturelle Bande zwischen den Turkvölkern an... Dem OATCT schwebt **Freizügigkeit und Erleichterung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft innerhalb der Turk-Gemeinschaft vor...** Die Turkvölker sind so eng miteinander verwandt, dass eine sprachliche Verständigung aller untereinander möglich ist.» (Vgl. Barkholdt, S. 118) Ein weiteres Einwanderungspotenzial

Halbmond über Europa?

Fortsetzung von Seite 3

von einigen Dutzend Millionen turkophonen Muslimen in unsere Gefilde im Falle eines EU-Beitritts der Türkei? China als möglicher direkter Nachbar einer erweiterten EU?

Neben dem demographischen und geographischen Aspekt dürfen aber die wirtschaftlichen Folgen für die EU nicht vergessen werden. «Nach einer Studie des Osteuropa-Instituts würde der Türkei-Beitritt zur EU einen Nettotransfer von bis zu 14 Milliarden Euro jährlich kosten. Was wahrscheinlich noch zu niedrig gegriffen ist. Prof. Hans-Ulrich Wehler («Focus», Nr. 8/2004): «Ökonomisch gesehen ist die Türkei ein Fass ohne Boden.» Sie erwirtschaftet bei einer Inflationsrate von

rund 40 % nicht einmal 20 % des durchschnittlichen europäischen Sozialprodukts. Die Vor-Beitritts-Hilfen würden einen riesigen Umfang, die jährlichen Zuschüsse 20 bis 40 Milliarden Euro erreichen.» (Ibd. S. 119)

Ein EU-Beitritt der Türkei würde für das Brüsseler Europa eine Last, ein Hemmschuh in der Entwicklung, also eine Schwächung bedeuten. Darin dürfte der Grund liegen, weshalb die USA dieses asiatische Land raschmöglichst als EU-Mitglied sehen möchten.

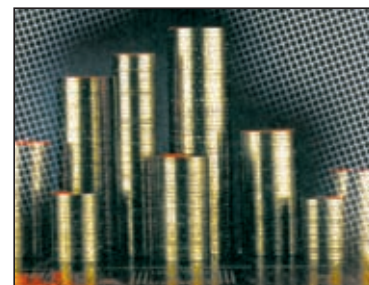
Zu diesem Thema sei auch folgendes Buch empfohlen: Gerhoch Reissegger: 'Die Türken kommen! – Sprengstoff für Deutschland und Europa', Hohenrain-Verlag-Tübingen, 2005, ISBN 3-89180-074-6, Euro 17,50.

Max Morf

– dass die Ausbreitung der veränderten Gene nicht gestoppt werden kann, wenn der Feldanbau einmal begonnen hat – ganz unbekümmert darum, ob sich schwerwiegende Folgen bei Mensch und Tier einstellen oder nicht,

wird mit allen (auch den schmutzigsten) Mitteln die Markteinführung durchgepeitscht. Wer zu warnen wagt, wird von der Agro- und Pharma-Industrie unter Beschuss genommen. Wissenschaftler werden als unqualifiziert oder als unfähig diffamiert, Journalisten werden eingeklagt. Hörige Wissenschaftler und/oder Journalisten-Zirkel werden eingesetzt mit dem Auftrag, jede kritische Stimme in der Öffentlichkeit sofort anzugreifen und zu diffamieren.

der Rothschild und der Rockefeller das Federal Reserve System gegründet, das seit 1971 ohne eine Staatsgarantie Geld ausgeben kann (Aufhebung der Einlösungspflicht des Dollars in Gold durch Nixon!). Der Dollar und alles andere Geld der Welt sind seitdem nicht mehr werthaltig, sondern nur noch gedrucktes, legalisiertes Zahlungspapier. Und mit diesem Papiergeld, dessen Aufbewahrungswert auf Vertrauen beruht, können sich die amerikanischen Grosskapitalisten die halbe Welt zusammenkaufen. – Tatsächlich haben die hinter dem



Durch die Aufhebung der Golddeckung wurde unser Geld nicht mehr werthaltig, sondern nur noch gedrucktes, legalisiertes Zahlungspapier.

FED stehenden Täter die Geldmenge in den letzten Jahrzehnten um das 10fache vermehrt. Mit dem immer wertloseren Geld kaufen sie seit Jahrzehnten alle Sachwerte auf, die sie erwischen können. Das betrifft Rohstofflager, Industriekomplexe, Immobilien und jede lukrative Kapitalgesellschaft.

Auch der US-Staat lässt sich in immer grösserem Ausmasse von der Welt Sachgüter gegen wertlose Scheine liefern. Es ist eine moderne Form der Tribut-Zahlungen. Dass die ungehemmte Dollarvermehrung nicht längst zu einem Dollarsturz und damit zu einer Weltwirtschaftskrise geführt hat, ist kluger Regie und Erpressung der «Freunde» zu verdanken.

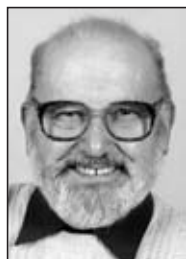
Die Zentralbanken von China, Japan und Europa sammeln die für die Sachwertlieferungen ihrer Bürger einkommenden wertlosen Dollars in immer grössere Bestände. Gleichzeitig haben sie sich verleiten lassen, ihre Goldbestände – die einen realen Wert darstellten – abzubauen. Das übelste Beispiel ist die Schweiz, wo angeblich ein Teil des Währungsgoldes nicht mehr benötigt werde!

Tatsache ist, dass sich das Gold der Welt erneut bei den Eigentümern des FED (wie schon vor der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre!) ansammelt, so dass ein neuer Goldstandard bei einer Währungskrise den FED-Eigentümern zu einem Jahrhundertgeschäft verhelfen wird. Nach Allan Greenspan

Scharf beobachtet

Die monatliche Kolumne von e. Nationalrat Valentin J. Oehen

Sage mir, mit wem du gehst, – und ich sage dir, wer du bist!



e. Nationalrat Valentin J. Oehen, Köniz

Noch immer scheint Bundesrat Deiss mit den USA ein Freihandels-Abkommen aushandeln zu wollen. Dies unbekümmert darum, dass die Amerikaner pickelhart auf dem freien Zutritt für gentechnisch veränderte Lebensmittel und unbeschränktem Zutritt amerikanischen Kapitals im schweizerischen Finanz- und Liegenschaftsmarkt beharren. Für die Durchsetzung dieses unbegrenzten Zutrittes verlangen die Amerikaner sogar die Einrichtung von Sondergerichten, vor denen Investoren bei angeblicher Beeinträchtigung ihrer Eigentumsrechte durch lokale Behörden klagen können.

Damit beweisen die USA, dass ihnen der Volkswillen (Gentech-Moratorium) nichts gilt und dass sie mit ihren ungedeckten Papierdollars (Dollar = Privatgeld; unermesslich hohe Staatsschuld!) die Verfügungsgewalt über alle Gebiete der «befreundeten» Staaten kaufen wollen, die ihnen in ihrem Machtrausch noch fehlen.

Wenn sich ein Kleinstaat mit einem solchen Partner einlässt, setzt er mutwillig seine Freiheit, ja seine Existenz als politischer Organismus aufs Spiel. Seine moralische Integrität ist ohnehin zerstört, wenn er sich mit einem Staat liiert, der sich schwerster Vergehen gegen die Menschenrechte schuldig macht.

Wie ernst diese Aussagen gemeint sind, sei nachstehend genauer erläutert.

Die Menschen wollen gesunde Nahrung! Das ist der Hintergrund der Zustimmung zum Gentech-Moratorium. Den amerikanischen (und schweizerischen) Agro- und Pharmakonzernen geht es jedoch offensichtlich nur um den Profit. Obwohl bekannt ist,

– dass in den USA selbst verschiedene gentechnisch veränderte Lebensmittel schwere Krankheiten verursachen;

– dass in England die Allergien gegen Soja mit der Einfuhr gentechnisch veränderter Soja-Sorten um 50% zugenommen haben;

– dass vom Genreis der ETH Zürich (Golden Rice) – der Vitamin A produziert und bei Mangelernährung vor Erblindung schützen soll, für den Verbraucher teurer ist als Vitamin A-Tabletten – täglich 1½ bis 3 kg gegessen werden müssten, um den Vitamin-A-Bedarf zu decken;

Ein vielsagender Fall ist aus England belegt. 1998 riet der reputierte Nahrungsmittelforscher Arpad Pusztai öffentlich von der Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel ab, weil dieses einem Menschenversuch gleichkäme. Pusztai wurde entlassen, sein Ruf ruiniert, seine Forschungsergebnisse wurden konfisziert und er selbst mit einem Redeverbot belegt. Bis heute ist der Rufmord wirksam geblieben. Selbst das BAG verleumdet Pusztai noch heute als unglaublich und als in der Gentechnik unerfahren.

Unser Erbe für ein Linsenmuscotauschen?

Hans Spitz hat in der März/April Nummer des «Schweizer Demokrat» auf die Problematik der amerikanischen Geldpolitik im Artikel «Wie sicher ist unser Geld?» aufmerksam gemacht. Es seien deshalb hier nur die markantesten Aussagen zitiert. Sie belegen, dass wir alle zum Spielball der amerikanischen Hochfinanz und der aktuellen politischen Machtträger geworden sind. **Weitere Zugeständnisse zu machen wäre nicht nur unklug, es wäre ausgesprochen dumm!**

Nach der Finanztheorie ist Geld ein legalisiertes Tauschmittel, welches auch zur Wertaufbewahrung dienen soll. Die Ausgabe von Geld war deshalb früher ein staatliches Privileg. Die als Geld umlaufenden Gold-, Silber- und Kupfermünzen hatten staatliche Prägung und für ihr Gewicht und die Reinheit des Metalls eine staatliche Garantie. So wusste man jederzeit über ihren wahren Wert Bescheid. Die Metallmünzen waren also Tauschmittel und Wertaufbewahrungsmittel zugleich.

1913 wurde von den Grossbanken

könnte dann mit einem Dollarpreis von 6000 Dollar pro kg Gold gerechnet werden. – In dieses Kapitel gehört auch die seinerzeitige jämmerliche Aussage von Bundesrat Koller vor dem Parlament: «Ich weiss nicht, wo unser Gold lagert, ich brauche es nicht zu wissen und ich will es auch nicht wissen!»

Damit ist genügend dargetan, in welch übles Spiel sich Bundesrat Deiss einklinken will. Ein Freihandelsvertrag mit den USA bringt uns mit Sicherheit in ein verzweifelt schlimmes Abhängigkeitsverhältnis zu den Finanzgewaltigen der USA.

Man sage nicht, wir müssten dies im Interesse unserer Exportwirtschaft tun, auch wenn die Vertreter der Wirtschaft lauthals protestieren, weil ihnen vielleicht gewisse Geschäfte ohne Freihandelsvertrag durch die Latten gehen. Im Osten warten Märkte mit 2,5 Milliarden Menschen auf Leistungen unserer hochentwickelten Wirtschaft, die uns reichlich Spielraum für wirtschaftliche Tätigkeiten bieten (China, Indien, Indonesien usw.).

Die Schonzeit ist abgelaufen

Ich meine die Schonzeit, während welcher man den USA alles und jedes verzieh, weil sie angeblich 2mal den europäischen Kontinent vor der rot-braunen Diktatur bewahrten, resp. errettet haben.

Wer den Partner USA heute nach moralisch-ethischen Kriterien beurteilt, kommt nicht um ein vernichtendes Urteil herum. Der Wille zur Macht, zur absoluten Welt-herrschaft hat seit dem Sturz des kommunistischen Gegenspielers (fast) alle Hemmungen in der Anwendung der Mittel verdrängt.

Nicht nur wurden Kriege angezettelt (Beispiele: der Iran-Irak-Krieg; der 1. Golfkrieg, der Balkankrieg; der Krieg in Afghanistan und jetzt der Krieg im Irak), es wird auch hemmungslos mit Krieg gedroht (Iran!) und es werden allüberall militärische und geheimdienstliche Machtmittel eingesetzt, um unbequeme Zeitgenossen ins Jenseits zu befördern oder schlicht um Stimmung zu Gunsten der USA zu machen. Heute werden neueste Kampfsysteme entwickelt, welche die amerikanische Öffentlichkeit möglichst schonen sollen, aber die ganze übrige Welt unter Kontrolle haben wollen. Mittel, die jeden friedliebenden, problembewussten Menschen in Angst und Schrecken versetzen müssen.

Am 9. November publizierte die «New York Times» die neue amerikanische Doktrin, die demnächst vom Kongress genehmigt werden



US-Transportmaschinen: Die SD lehnen den CIA-Verschleppungstourismus ab.

soll. Darin werden präemptive Nuklearschläge gegen nicht atomwaffenfähige Gegner zu Zwecken wie den folgenden vorgesehen:

- für eine schnelle und für die USA günstige Beendigung von Kriegen zu US-Bedingungen;
- um US- und multinationalen Operationen zum Erfolg zu verhelfen;
- um die Absicht und Fähigkeit der USA zu demonstrieren, Atomwaffen zu verwenden, um damit den Gegner zu entmutigen, Waffen der Massenzerstörung einzusetzen;
- gegen einen Feind, der die Absicht hat, Massenvernichtungswaffen gegen die USA sowie gegen die Truppen anderer Nationen oder Bündnispartner einzusetzen;
- Nuklearwaffen gegen Ziele einzusetzen, die einem nicht nuklearen Angriff widerstehen können.

Das bedeutet die Abkehr vom Atomwaffensperrvertrag und die Botschaft an die 182 Nicht-Atomwaffen-Staaten, damit zu rechnen, dass sie von den amerikanischen Streitkräften mit Atomwaffen zusammengeschlagen werden, wenn sie nicht parieren wollen. (Siehe hierzu die Situation des Iran, der schon längst vom Atomwaffen-Staat Israel, dem Verbündeten der USA, bedroht wird!) Nicht zu vergessen, dass die USA bis heute rund 100 Angriffskriege geführt haben, ohne je in ihrem Territorium bedroht gewesen zu sein.

Dass mit der obigen Deklaration der USA die Gefahr atomarer Waffeneinsätze enorm angestiegen ist, liegt auf der Hand. Die atomare Verseuchung unserer Erde, ja der atomare Holocaust rückt erneut in den Bereich realer Möglichkeiten. (Bis heute ist diese Verseuchung noch auf einzelne Regionen beschränkt: Umfeld von Atom-Anlagen wie Tschernobyl oder La Hague, resp auf Orte des Einsatzes uranabgereicherter Munition durch die Amerikaner im Irak, Balkan und Afghanistan.) Aber der Tod hunderttausender Zivilisten als sogenannte Kollateralschäden interessiert weder die aktuellen Macht-

haber in Washington, noch die Herrscher der Wallstreet, noch viel weniger die Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes. Im 20. Jahrhundert schien über die Genfer Konventionen ein Schritt zu einer humaneren Welt gelungen zu sein. Bush und Co. katapultieren die Menschheit in diesen Jahren wieder ins Mittelalter zurück, indem die Folter legalisiert, die gezielte Tötung befürwortet und das Faustrecht auf der staatlichen Ebene zur offiziellen Politik erklärt wird.

Es sind grauenhafte Dokumente über die Foltermethoden der Amerikaner publik geworden. In einem FBI-Mail vom 25. Juni 2003 lesen wir: ..., dass es Zeugenaussagen gebe über zahlreiche Vorfälle, bei denen zivile irakische Gefangene körperlich misshandelt wurden, einschliesslich Strangulierung, Schlägen und brennenden Zigaretten in den Ohröffnungen; Gefangene wurden auf Stacheldraht geworfen, mit der israelischen Fahne umwickelt, bespuckt, bewusstlos geschlagen und so lange gefesselt, bis sie sich bekoteten. Weiter seien Exekutionen vorgetäuscht worden, Brandverletzungen zugefügt und es sei mit Elektroschock misshandelt worden.

Es überrascht nicht, dass jetzt publik wird, dass ein amerikanischer General den Befehl zu diesen Folterungen gegeben haben soll, da ja die Grundsatzbefehle aus dem Pentagon stammen. Ja noch schlimmer, nach den Meldungen des *Wall Street Journal* soll dem Oberbefehlshaber, d.h. G.W. Bush, das Recht zustehen, die Anwendung von Folter zu legalisieren, weil die

Opfer der Folter «Terroristen» seien, von denen behauptet werde, dass diese dieselben Methoden auch gegen Amerikaner anwenden würden.

Der Begriff der Folter wurde neu gefasst, indem das Zufügen von Schmerz vom Begriff Folter ausgenommen sei, wenn er nicht direkt zum Versagen von Organen, Tod oder dauerndem psychischen Schaden führe. Damit wurde zu Verhörmethoden grünes Licht gegeben, wie aus den Dokumenten von Abu Ghraib bekannt geworden sind.

Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass damit die USA auf den zivilisatorischen Stand von Nazideutschland der Dreissigerjahre, resp. der Sowjetunion der kommunistischen Ära zurückgefallen sind.

In guter «schlechter Erinnerung» sind uns allen noch die Diskussionen um die geheimen Gefangenen-transporte. Dabei zeigte sich erneut die Missachtung der internationalen Spielregeln durch die USA. Wen verwundert es da noch, dass neuerdings auch die UNO immer abschätziger behandelt wird. Man denke etwa an die Ernennung des neuen UNO-Botschafters der USA, der als Verächter dieser internationalen Institution bekannt ist. Oder an die Kolumne in der *New York Post* von Andrea Peyser, in der die Vereinten Nationen als «die anti-amerikanischen und antisemitischen Ratten, die das Ufer des East River verseuchen» bezeichnet wurden.

Die bekannte Einteilung der Welt durch G.W. Bush in «good boy's» und Schurkenstaaten lässt die Frage entstehen, wo die Schurkenstaaten anzusiedeln sind.

Jedenfalls scheint der Zeitpunkt gekommen, wo sich die Schweiz entscheiden muss, ob sie sich zu den wirklichen Schurkenstaaten um des schnöden Profits willen zählen lassen will.

Oder ob sie als Sitz des Roten Kreuzes und als Depositärstaat der Genfer Konventionen ihre humanitäre Aufgabe weiter erfüllen will. Beides zusammen geht nicht!

Weitere Milliarden an die EU?

Obschon die IV wegen Kapitalmangel die Leistungen für die Invaliden senken will, verschenkt Bundesbern 1 Milliarde Franken an die EU. Nun soeben hat die EU **weitere Milliarden** von der Schweiz **eingefordert**. Unsere sogenannten Unterhändler sollte man unter Anklage stellen. Begünstigung der EU zum Schaden der Schweiz. Nach meiner Ansicht wäre festzustellen,

ob es sich um Verrat an der Schweiz oder katastrophale Inkompetenz handelt. Es wird immer von den «Gefahren für den Export» gefaselt. Solange aber die Importe aus der EU höher sind (ca. 40%), wird man sich dort hüten, wenn nicht willige Helfer aus Bundesbern mit Desinformationen den Weg frei machen.

Woldemar Greber, Acquarossa

Deiss findet Aldi gut

Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss outet sich als Aldi-Fan. Schliesslich hat ein bisschen Wettbewerb noch nie geschadet.

«Wir haben Aldi nicht geholt. Aber ich finde die Präsenz von Aldi gut», sagte Bundesrat Deiss kürzlich in dem Interview der «SonntagsZeitung». Aldi werde zeigen, wie weit Migros und Coop die Preise drücken könnten. Er sei gespannt darauf.

Aldi bringe Schwung in den Schweizer Detailhandel, so Deiss weiter. Alle, die für Wettbewerb und Marktwirtschaft seien, sollten es gut finden, wenn sich der Wettbewerb verstärkte. Er gehe davon aus, dass die Margen im Detailhandel sinken müssten. Die Reaktionen der angestammten Grossverteiler seien ja schon erfolgt. «Da kann ich im Namen der Konsumenten nur sagen: Bravo, Wettbewerb ist gesund», sagte der Volkswirtschaftsminister.

Zur Agrarpolitik sagte Deiss, es sei nötig, dass die Bauern ihre Produktionskosten senken könnten. Angesichts der – teilweise harten – Restrukturierungen sieht er für die Landwirte aber gute Möglichkeiten von Teilzeitarbeit.

Sehr geehrter Herr Bundesrat Deiss

Bleibt zu hoffen, dass ich mich versehen habe, bzw. dass es sich tatsächlich um einen nicht Ernst gemeinten, peinlichen Verbal-Ausrutscher handelt, denn ich habe noch selten eine unsinnigere Äusserung zu diesem Thema gelesen. Kaum zu glauben, dass sie ausgerechnet vom Wirtschaftsminister persönlich kommen soll.

Ich fragte mich beim Lesen, wie lange unser Parlament einer solch grobfahrlässigen Einfältigkeit weiterhin Raum gewährt. Vielleicht wäre für Sie eine langfristige Auszeit angesagt, sozusagen ein Sabatical als «Wirtschaftsminister» – am besten direkt in die EU-Banlieux um Paris als Ouverture? Passe doch hin: Tiefste Löhne, oder gar keine... Denn solch seichte Sätze, ohne jeglichen Tiefgang, kann wirklich nur jemand äussern, der seit jeher vom Staat lebt, nur hobbymässig im Ausland weilte, noch nie für Löhne besorgt sein musste – und noch nie einen müden Schweizer Franken Umsatz generierte.

Von Ihrer langen Ausbildung her sollten Sie wissen: Unser Land wird als «Billigmarktland» nie eine Überlebenschance haben! Die einzige Möglichkeit, die für unser Land und insbesondere für unsere

Nachkommen (Lehrlinge und Studenten – gleichermaßen!) das wirtschaftliche Leben sichern wird, ist eine **Top-Ausbildung**, Vielsprachigkeit und ein noch zu entwickelnder **Instinkt für absolute Top-Qualität in (High)Technik und Dienstleistung und für entsprechende Nischen-Erzeugnisse!** Kennen Sie das Viktorinox-Syndrom? Falls nicht, empfehle ich Ihnen eine weitere Reise – zuerst in die Innerschweiz und danach in den Fernen Osten. Z.B. Kuala Lumpur, Hongkong, Peking oder in die Softwareschmieden in Orissa (Indien).

Es ist wahrlich mehr als bedauerlich, dass ausgerechnet unser «Wirtschaftsminister» von diesen Mechanismen keine Kenntnisse zu haben scheint – oder die Augen offenbar verschliesst vor solch dramatischen wirtschaftlichen Veränderungen. Wer um Himmels Willen braucht in einer solchen Situation ALDIs, LIDLs, Media Märkte, Hornbachers, ARPs, SPARs & Co – als vermeintliche *Wett- und Mitbewerber*? Die 1000-Euro-Jobs lassen grüssen – die 5 Mio. Arbeitslosen auch.

Ihre Öffnungs- und Liberalisierungsgelüste und -träume werden bald einen rauchigen Geschmack bekommen. Paris, Lyon, etc., könnten Vorreiter sein dieser katastrophalen Wirtschafts- und Bildungspolitik!

Und während sich (vor allem) der *Far East* für die Zukunft rüstet...

- werden bei uns Leute – ohne jegliche Ausbildung – immer noch zu Tausenden eingelassen (anstatt Hilfe vor Ort!)
- Krankenschwestern für Schweizer Spitäler aus der Ex-DDR angeheuert – ohne Ende! (Angeblich weil man für «diese Arbeiten» keine Schweizerinnen mehr findet. Unsere Töchter müssen – so das BIGA – zuerst eine Berufslehre absolvieren, gleichzeitig besetzen hunderte, viel jüngere, genau so wenig erfahrene Damen aus Leipzig, Ost-Berlin, Halle, Dresden, etc. die Stellen an unseren Spitälern... Unsere Mädchen stehen dafür – nach abgeschlossener Lehre z.T. als Jugendarbeitslose vor den RAV-Türen Schlange!
- Deutschen Akademiker/innen, Professoren zu Hauf – ohne Not – werden an unseren Hochschulen (auch in Grosskonzernen...) Top-Jobs angeboten. Wer gewährt eigentlich unseren eigenen Hochschulabsolventen/Akademiker/innen gleichwertige,

adäquate Arbeitsplätze im Ausland? Vermutlich niemand oder wenn, dann in bescheidensten Ausnahmefällen! Die meisten Hochschulen in der EU sind eh am Zusammenfallen, hoffnungslos überfüllt, *Numerus clausus* allenthalben und (ebenfalls) am Sich-Tot-sparen! (Fragen Sie nach, z.B. an der *Sorbonne* oder Herrn Professor Küng).

- Skurrilsten ICH-AGs wird ohne Einhalt, sogar mit Steuergeldern (sprich staatlicher Hilfe), die berufliche Zukunft mit (Steuer-) Erleichterungen in allen Bereichen in der Schweiz ermöglicht. Schlimmer noch, man fordert sie geradezu auf, in unser Land zu kommen. Vorwiegend in deutschen Zeitungen, Arbeitsämtern und im Internet ist dies nachzulesen. Übrigens: Man kann es leicht nachprüfen, woher diese «selbstständigen Ich-Manager» alle stammen: Lesen Sie mal das Zuger Amtsblatt, unter Neugründungen...

Und welche Unterstützung und Hilfe erhalten die Schweizer KMUs? Herr Deiss, Sie sind doch, nach all den Jahren im Business, noch nicht mal in der Lage konkrete Ideen und Vorschläge für die *Vereinfachung der KMU-Administration* vorzuweisen, geschweige denn umzusetzen. (Der nun *jährliche Papierkram* zu Steuer- und Statistikzwecken und der neue Lohnausweis wären Stichworte zu diesem Thema!).

Nicht nur ich frage: Wer bezahlt dereinst diese Pleiten und Pannen nach 12 Monaten – wenns schief geht mit diesen neuen ICH-AGs? Die Verantwortlichen im KIGA – mit leeren Arbeitslosenkassen vielleicht...? Wo bleibt denn die spürbare Unterstützung für unsere Studenten und Lehrlinge mit Abschluss? Wäre es nicht sinnvoller, diese jungen Menschen zwingend an Instituten, in der Grossindustrie oder bei Ihnen – wo auch im-

mer – arbeiten zu lassen und sie in die Arbeitswelt zwingend zu integrieren, anstatt sie als lic. Iur. oder dipl. Ing. ETH jahrelang Taxi fahren zu lassen, bis sie alles wieder verlernt haben? Welche Vorschläge haben Sie hier?

- Unsere Bauern werden sichtbar und spürbar zu Tode gespart und buchstäblich aus Haus und Hof gehetzt. Anders lässt sich dieser Exodus aus der Farmerei in unserem Lande nicht erklären. Oder wie deuten Sie sich dieses unsinnige Bauernsterben in unserem Lande? Sie plappern, oft noch mit Häme, entsprechende Phrasen in *Arenas, Tagesschau und 10vor10*: «Angesichts der – teilweise harten – Restrukturierungen sieht **Deiss** für die Landwirte aber gute Möglichkeiten von **Teilzeitarbeit**». Eine wahrlich ruchlose und vor allem zynische Bemerkung!

Wen in der Schweizer Bevölkerung kratz(t)en denn unsere Landwirtschafts-Subventionen eigentlich tatsächlich? Haben Sie schon je einen Schweizer Bauern im 7-er BWW an einem Sonntag herumfahren sehen? Ich nicht. Im Gegenteil: Ich sehe sie an 365 Tagen nur arbeiten! Wie wollen Sie denn diesen unsäglichen und systematischen Landverkauf (vorwiegend an Ausländer) und die totale Verpfasterung unseres Bodens verhindern, wenn Sie unsern Bauern die Grundlage wegnehmen zu arbeiten und zu leben?

Dafür essen wir zusehends Hühner aus Vietnam, Schweine aus Polen, Pferde aus Rumänien, Rindfleisch aus Argentinien, künstlich-chemisch, spottfreie, hochgezogene «Plastik-Peperoni» aus den Gewächshäusern in Holland, Salate aus Israel, Weizen aus den USA. Wir trinken sogar Weine aus Südafrika, Australien, Neuseeland und andern «Nahgebieten» (...). Wo bleibt da die Logik – oder geht es um Logistik?

Seco rügt Verträge:

Aldi ist zu hart

Bern. Arbeitsuchenden, die auf feste Arbeitsplätze angewiesen sind, ist eine Anstellung bei Aldi wegen der unregelmässigen Arbeitszeiten nicht zumutbar. Das hat das Staatssekretariat für Wirtschaft den Arbeitsämtern und Arbeitslosenkassen mitgeteilt. Auch Arbeitslose, die eine Vollzeitstelle suchen, können eine Anstellung bei Aldi ablehnen, ohne dass die Kassen Sanktionen verhängen. Grund: Aldi stellt nur Teilzeitangestellte an und verbietet, nebenbei für andere Einzelhandelsgeschäfte zu arbeiten.



**Deiss'sche Wirtschaftspolitik?
(Man könnte entspannt ein böse-
res Wortspiel daraus ableiten ...)**

Da gibt es nur eine Lösung: Bundesratswahlen vors Volk – wenn auch mit einer Minderheit von 33% Gewichtung. Wiederwahl alle 4 Jahre – ebenfalls durchs Volk! Pensions-Abgangsgage für Bundesräte von CHF 200'000.– und mehr nur bei Erfüllen des Business-Plans, ansonsten (und bei Abwahl!) gibt es eine monatliche Rente von max. CHF 5'300.– ab 67. (CH-Durchschnitts-Monatseinkommen).

Ich bin Jahrgänger zu Ihnen, Herr Deiss. Das wenige Gemeinsame. Bleibt zu hoffen, dass sich unsere Studenten, Lehrlinge und jungen Hilfskräfte endlich für sich und ihre Zukunft zu wehren beginnen,

denn sie werden dereinst, auf Grund Ihrer Liberalisierungspolitik und unseres Schuldenaufens kaum noch atmen können!

Übrigens: Beim Durchgehen der Adressen, ich sandte allen Parlamentarier/innen und vielen Studenten und Freunden eine Kopie dieses Briefes, fragte ich mich mehrfach: Über 70% (vermutlich mehr) aller CH-Parlamentsmitglieder studierten an Schweizer Universitäten oder anderen Hochschulen. Sie und diverse andere waren oder sind immer noch sogar o. Professoren. Sie für Wirtschaft in Fribourg: Wer zum Teufel, wenn nicht diese Elite-Akademiker, soll denn unser Land dereinst aus diesem Desaster führen und unsern Jungen eine Perspektive bieten?

Rolf F. Oehen, Cham-Zug

Beobachtungen des SD-Zentralpräsidenten**Instrumentalisierter
Holocaust-Gedenktag**

Kürzlich erklärte mir eine Parteifreundin, dass es nun wirklich an der Zeit sei, unseren Blickwinkel weg von den Geschehnissen des letzten Jahrhunderts zu richten. Statt der dunklen Vergangenheit seien die Zukunftsprobleme zu bewältigen. Die Sicherung der Sozialwerke, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder die Überfremdungsproblematik seien doch die Themen, die die Menschen heute beschäftigen und belasten. Recht hat sie.

Doch dass die jüngste Vergangenheit noch immer benutzt wird, um die Tagespolitik zu beeinflussen, beweist die jüngste Diskussion um den neu eingeführten Holocaust-Gedenktag an Schweizer Schulen. Mit fragwürdigen Workshops gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist hierzulande am 27. Januar 2006 wiederum gesamt-schweizerisch der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau vor 61 Jahren gedacht worden.

Auch die politische Linke instrumentalisierte das Gedenken zu ihren Zwecken. Tagespolitische Kernaussage: Die derzeit geplanten Verschärfungen der Asyl- und Ausländergesetze führen im Endeffekt direkt nach Auschwitz.

Dabei stellt sich folgende Fragen: Seit über zehn Jahren haben wir das Anti-Rassismus-Gesetz, das es unter anderem verbietet, Völkermorde zu verharmlosen oder zu leugnen. Ist es nicht eine zynische Verharmlosung geschichtlicher

Vorgänge, die systematische Vernichtung des jüdischen Volkes mit einer längst fälligen und von einer grossen Mehrheit des Parlamentes getragenen Asyl- und Ausländergesetzrevision gleichzusetzen? Falls ich nicht ein entschiedener Gegner der Rassismusstrafnorm wäre, ich würde gegen diese linken Holocaust-Verharmloser klagen.

Am Abend des 27. Januar 2006 berichtete das Schweizer Staatsfernsehen über die antirassistischen Aktivitäten anlässlich des Holocaust-Gedenktages an Schweizer Schulen. Zum Schluss des Beitrages wurde angemerkt, dass rund **drei Millionen** Juden, Sinti und Roma sowie andere Nationalitäten in Auschwitz umgebracht worden seien. Da ich vor fast zwei Jahren das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau besucht hatte, wurde ich ob diesen übertriebenen Opferzahlen hellhörig. Und siehe da, das Internet gibt hier klar Auskunft: Gemäss der offiziellen Heimseite des KZ Auschwitz (www.auschwitz.org.pl) wird die allgemeine Zahl der Opfer von Auschwitz auf schreckliche **1,1 bis 1,5 Millionen Menschen** geschätzt. Was aber bewegt das als objektiv zu geltende Schweizer Fernsehen, die amtlichen Opferzahlen mehr als zu verdoppeln?

Apropos: Vor etwas mehr als 20 Jahren lernte ich in der Schule, dass ungefähr **4,5 Millionen Menschen** im Konzentrationslager Auschwitz umkamen.

Bernhard Hess, Nationalrat, Bern

Der Sonderfall

(Der folgende Artikel ist ein Résumé des Buches: «Die 68er-Falle: Fluchtwege aus dem Desaster der Neuen Linken» von Daniel Regli, Zürich 2005 – ISBN 3-906562-37-9)

Was ist nur aus den Defaitisten geworden, die Ende des 20. Jahrhunderts verkündeten: «Die Schweiz existiert nicht!» und «700 Jahre sind genug!»? Haben diese Gegner des Patriotismus vielleicht eine gut bezahlte Beamten- oder Redaktionsstelle ergattert? Haben sie, eingekullt von der Pfründe, den Einsatz für die Zukunft unserer Nation aufgegeben? Wie auch immer: sind wir froh, dass diese Unheilsverkünder weitgehend verstummt sind!

Der Weg der Schweiz

Wer immer den «Sonderfall Schweiz» leugnet, ist entweder vernebelt, umnachtet oder böswillig verleugnend. Die vergleichende Geschichte der Nationen belegt ohne Zweifel den aussergewöhnlichen Weg der Schweiz. Klare Köpfe und heimatverbundene Herzen sind noch immer stolz und dankbar: Wer hätte gedacht, dass die Bundesgründung durch einen verschworenen Bauerntrupp am 1. August 1291 bald 715 Jahre halten würde? Jedenfalls nicht die Habsburger. Sie dachten, sie hätten leichtes Spiel. Doch zündeten sie in Morgarten nur den helvetischen Kriegsfunken. Die bauernschlaueren Siege machten das kleine Schweizerheer in ganz Europa berühmt. Die ganze Welt schien den helvetischen Haudegen offen, obwohl ein betender Obwaldner davor warnte, den Zaun zu weit zu stecken. Niklaus von Flüe (1417–1487) kannte die Macht. Er war in Politik und militärischem Einsatz beschlagen. Ein hablicher Bauer. Doch er wählte die Klausur im Ranft, mit einem Stein zum Kopfkissen und wurde dort betend zum Landesvater.

Marignano (1515) wies uns in die Schranken und die geübten Kämpfer verlegten sich auf den Reislauflauf. Die Reformation (1517) lehrte uns allmählich, mit Gegensätzen zu leben. In Kappel assen wir zuerst Milchsuppe. Beim zweiten Mal gab's einige Tote, darunter auch unseren Zwingli (1484–1531). Calvin (1509–1564) Einfluss machte Genf zum «Rom der Protestanten». Von den furchtbaren Wirren des Dreissigjährigen Krieges (1618–1648) blieben wir verschont. Die Aufnahme von 60'000 verfolgten Hugenotten 1685 begründete unsere humanitäre Tradition und beflügelte die Westschweizer Uhren- und Textilproduktion. Die Neutralitätspolitik ermöglichte uns einen langen, ruhigen Aufstieg inmitten eines

Europas, das sich immer wieder in Schutt und Asche legte. Pestalozzi (1746–1827) war bahnbrechend in Bezug auf Bildung. Todesmutig wie einst Winkelried stellten sich die Nidwaldner 1798 gegen das napoleonische Heer. Den französischen Kaiser überstanden wir mit wenig Schrammen und holten uns am Wiener Kongress die wiederholte Zusage einer friedlichen, neutralen Existenz.

Das 19. Jahrhundert brachte den Bundesstaat mit den fortschrittlichen Verfassungen von 1848 und 1874. Wir gediehen weiterhin als friedliche Alpenfeste in einem Europa, das sich in Revolutionen und Kriegen ausblutete. Die Wirtschaft erlebte eine wahre Blüte. Es wurden Unternehmen mit Weltruf gegründet, die uns grossen Wohlstand brachten (Kreditanstalt, Escher-Wyss, Maggi, Brown-Boveri, Caillier, Geigy, Nestlé, Hotellerie und Alpentourismus). 1865 gelang Henry Dunant (1828–1910) der grosse Wurf des Roten Kreuzes, was unseren Ruf als humanitäre und Frieden stiftende Nation vertiefte. 1871 nahmen wir das technische Meisterwerk des Gotthardtunnels in Betrieb.

Das 20. Jahrhundert enthüllte das Wunder, dass ein kleines Volk inmitten von zwei Weltkriegen in Frieden leben kann. Mit wehrhafter, bisweilen auch schuldhafter Politik und viel militärischem und diplomatischem Geschick.

Auch heute noch: eine begüterte Willensnation, die sich gegen die bürokratische Revolution der EU verwehrt. Ein Kuriosum mit zähflüssigen Entscheiden in Gemeinden, Kantonen und beim Bund. Ein Organismus aus sieben Millionen Menschen, vier Sprachen, diversen Religionen und Konfessionen und mehr als 20% Ausländeranteil. Nach wie vor eine der reichsten Nationen der Welt mit dem fortgeschrittensten Modell einer direkten Demokratie.

Auf zur bürgerlichen Wende!

Natürlich gibt es sie immer noch, die Damen und Herren, denen eine selbstbewusste Schweiz verhasst ist. Sie erhoben den Egoismus zum gesellschaftlichen Leitwert und ködern ihre Wählerschaft mit der Illusion eines links-liberalen Wohlfahrts-Paradieses. Dabei ist längst überdeutlich, dass uns die macht-habende Koalition (SP, Grüne,

Fortsetzung Seite 10

Ein Senegalese liest der Schweiz die Leviten

Wie lange lässt sich unsere sogenannte Regierung in Bern von irgendwelchen hergelaufenen Typen auf der Nase herum tanzen? Dass sich die Schweiz bzw. unsere Regierenden von der EU ständig herum kommandieren lässt als wären die Brüsseler Vögte unsere Kolonialherren, dürfte jeder Schweizerin und jedem Schweizer hinlänglich bekannt sein. Auch die UNO mischt sich ständig in unsere Angelegenheiten ein und zwar nicht erst, seit das Schweizer Volk so dumm gewesen ist, dieser Mächtigen-Weltregierung beizutreten, sondern bereits vorher. Aber was sich diese «Weltregierung» neuerdings geleistet hat und – noch schlimmer – von unserer sogenannten Regierung widerstandslos zugelassen wurde, schlägt dem Fass den Boden aus.

Da kommt ein UNO-Sonderberichterstatter über Rassismus, ein dunkelschwarzer Typ aus Senegal, in die Schweiz, um hier nach «Rassismus» zu schnüffeln. Was dabei heraus gekommen ist, wird niemanden verwundern. Hauptfazit dieser afrikanischen «Inspektion» der Schweiz war, dass es in der Schweiz Rassismus gebe und, wen verwundert es, dass «Schwarzafrikaner» in der Schweiz besonders unter Rassismus zu leiden hätten. Wie kommt dieser Neger zu diesem Schluss? Hauptsächlich wegen diverser demokratisch erfolgreicher Einbürgerungen, wegen der ebenfalls demokratisch erfolgten Ablehnung von erleichterten Einbürgerungen von Ausländern der zweiten und dritten Generation und vor allem wegen eines SVP-Wahlplakates, wo – laut der Mängelrüge aus Afrika – (Zitat aus den Medien) «schwarze Hände nach Schweizerpässen greifen». Mir war dieses Plakat nicht mehr ganz präsent, aber zum Glück wurde es bei der Präsentation dieser afrikanischen «Rassismus-Lektion» in unserem Staatsfernsehen gezeigt. Da sah man tatsächlich **eine** (in der Einzahl) dunkelhäutige Hand nach einem Schweizerpass greifen, aber inmitten von total 5 oder 6 Händen, wobei alle anderen Hände weiss waren. Aber eben – diese eine dunkle Hand wertet dieser Pseudo-Rassismus-Experte als rassistisch. Und unsere so genannte Regierung in Bern lässt sich eine solche Einmischung in unsere jahrhundertealten demokratischen Gepflogenheiten ohne Murren gefallen. Ich würde vorschlagen, dieser Senegalese soll erst einmal in Afrika für auch nur annähernd so demo-

Fremdenfeindlich?

Die Schweiz hat im Urteil von UNO-Sonderberichterstatter Doudou Diene ein Problem mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, aber keine Strategie dagegen. Auch die politischen Behörden hätten das Problem erkannt, sie nähmen es aber als weniger gravierend wahr als die betroffenen Minderheiten, sagte der Sonderberichterstatter für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit am Freitag nach einem fünftägigen Besuch, während dem er mit Bundesräten, Kantonsregierungen und betroffenen Minderheiten zusammengetroffen war. Als besonders störend wurde ihm die Situation bei der Polizei geschildert. Dort sei das Niveau von physischer Gewalt und verbalem Rassismus hoch, sagte Diene.



kratische Verhältnisse sorgen, wie wir sie in der Schweiz haben, bevor er bei uns «zum Rechten sorgen» will.

Bemerkung: Warum schreibe oder rede ich immer von unserer «so genannten Regierung», wenn ich den Bundesrat (oder auch Kan-

tonsregierungen) meine? Im Lexikon findet man unter dem Begriff Regierung folgendes (etwas verkürzt und vor allem verständlicher ausgedrückt): «Eine Regierung ist ein staatliches Organ, welches vorausschauend und die sich dabei aufdrängenden politischen Massnah-

men anordnen soll». Nun – ich kann mich in den letzten Jahrzehnten an kaum ein Ereignis erinnern, wo unser Bundesrat «voraus geschaut» und gar im Voraus entsprechende politische Massnahmen ergriffen hätte. In den meisten wichtigen Belangen unseres Staates hat unser Bundesrat – wenn überhaupt – nur «reagiert» und dies meist Jahre oder Jahrzehnte zu spät. Deshalb nenne ich unseren Gesamtbundesrat nur eine «so genannte Regierung», da er laut dieser Definition des Lexikons gar keine richtige Regierung ist.

Und zum Schluss wieder einmal der Ausspruch eines berühmten Politikers, der wunderschön in diese «Rassismus-Schelte» aus Afrika passt:

«Wenn Angehörige farbiger Völker sich für die Identität ihrer Völker stark machen, dann ist das Antikolonialismus; wenn Angehörige weisser Völker dasselbe tun, dann ist das Rassismus.»

Dr. Dragan Najman, Baden

Heimat statt Globalisierung

Auszubildende der Kaufmännischen Berufsschule Bern (KV) führten kürzlich folgendes Interview mit unserem Präsidenten und Nationalrat Bernhard Hess. Gerne veröffentlichen wir einige Antworten auszugsweise:

1. Was verstehen Sie unter Globalisierung?

Unser Augenmerk richtet sich mit Sorge mehr und mehr auf die totale weltweite Ökonomisierung, auch Globalisierung genannt. Der Machtgier weltweit agierender kapitalistischer «Global Player» ist entschieden Einhalt zu gebieten. Der Staat darf den weltweiten «Profit-Maximierungs-Strategien» nicht weiter nachgeben. Sonst ist letztendlich die Demokratie gefährdet. Sowohl die etabliert bürgerlichen Wirtschaftsparteien wie auch ihre willfähigen rot-grünen Helfer haben in den letzten Jahren alles daran gesetzt, die schweizerische Staatssouveränität zu beschädigen. Sie rissen die Grenzen nieder, öffneten «Märkte», beseitigten nationale Schutzmechanismen und setzten die einheimische Wirtschaft und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem mörderischen globalen Vernichtungs-



World Economic Forum eröffnet eine Aussenstelle im boomenden Peking.

wettbewerb aus. Nichts davon geschah durch Schicksalsfügung, alles unterlag politischer Steuerung. Wer dagegen zu opponieren wagte, wurde an den Medienpranger gestellt und als ewiggestriger Isolationist oder Fremdenfeind gebrandmarkt.

2. Ist die Globalisierung ein Thema in Ihrer Partei?

Unser Kurzprogramm formuliert die SD-Position unmissverständlich: «Identität statt Globalisierung – Globalisierung führt zu Identitätsverlust, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Naturzerstörung. Politische Entscheidungen

werden zunehmend von der internationalen Hochfinanz getroffen. Der Globalisierungswahn muss gestoppt werden. Die Wirtschaft muss dem Volk dienen und nicht das Volk der Wirtschaft!»

3. Wie würden Sie die Globalisierung gestalten?

Im nächsten Jahrzehnt wird es weltweit zu einschneidenden ökonomischen Verteilungskämpfen kommen. Die Schweizer Demokraten werden es nicht zulassen, dass es bei uns Leute gibt, die Arbeiter aus dem europäischen Ausland holen, sie für ein paar wenige Franken arbeiten lassen und damit gesunde

Schweizer Betriebe kaputtmachen. Deshalb haben wir mit unseren Verbündeten auch das Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten ergriffen.

4. Was halten Sie von der neo-liberalen Globalisierung, die zurzeit in vollem Gange ist?

Die neoliberale Lehre ist schlicht falsch. Weder ist die Arbeitslosigkeit in unserem Land gottgewollt, noch die «Globalisierung» ein Naturgesetz. Neo-liberale Ideologen, Big Business in den USA und unfähige Politiker tragen die Verantwortung für die Wirtschaftskrise und die damit einhergehende Verarmung des Mittelstandes. Den Wählern muss vor allem verdeutlicht werden, dass es mit den Schweizer Demokraten eine politische Kraft gibt, die vor den katastrophalen Entwicklungen nicht resigniert und fest entschlossen ist, nationale Schutzmechanismen im Rahmen eines mit Zollgrenzen befriedeten kerneuropäischen Wirtschaftsraumes wieder in Kraft zu setzen, dem vernünftigerweise auch die Schweiz lose angehören sollte. Nicht ein anonymer, sich selbst überlassener «Markt» kann die Wohlfahrt unseres Landes sichern, sondern nur Politiker, die durch Schaffung vernünftiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ihrer nationalen Verantwortung gerecht werden.

5. Was denken Sie über Organisationen wie die Anti-WTO-Koordination?

Grundsätzlich sind wir sämtlichen Organisationen, welche sich den Globalisierungslügen, dem Druck der Ökonomie und allgemein der Globalisierungsfalle entschieden entgegenstemmen, für ihr mutiges Engagement dankbar, getreu dem Ausspruch: «Meines Feindes Feind ist mein Freund!»

6. Was halten Sie vom Widerstand solcher Organisationen und wie würden Sie agieren?

Der Widerstand gegen den Globalisierungsdruck sollte immer friedlich und ohne Gewaltanwendung erfolgen. Die Anti-WTO-Koordination hingegen duldet in ihrem Umfeld auch gewaltbereite Anti-Globalisierungsaktivisten. Dies verurteilen wir entschieden. Gewaltanwendung darf nie Mittel zur Durchsetzung von politischen Forderungen sein.

7. Sind Demonstrationen auf den Strassen ein gutes, resp. sinnvolles Mittel, um etwas zu ändern? Glücklicherweise haben wir in der

Schweiz mit dem Initiativ- und Referendumsrecht erfolgsversprechendere Mittel als den durch Demonstrationen erzeugten sogenannten Druck der Strasse. Insbesondere lehnen wir Nebengeräusche wie Gewaltanwendung entschieden ab.

8. Sind die riesigen Polizeiaufgebote bei Antiglobalisierungsdemos auch wirklich notwendig oder stellen sie eher eine Provokation dar?

Wenn Sicherheit, Recht und Ordnung nicht mehr sichergestellt werden können und eine Gefährdung an Leib und Leben befürchtet werden muss, sind demokratisch legitimierte Polizeiaufgebote mehr als gerechtfertigt.

9. Denken Sie, dass wir in unserem Land überhaupt einen Grund haben, gegen die neoliberale Globalisierung zu demonstrieren, da sie sich für unsere Volkswirtschaft nicht vorwiegend negativ bemerkbar macht?

Leider doch, denn es handelt sich ganz allgemein um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Grossen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren American Way of Life aufzuzwingen. Für Peter Scholl-Latour sind Globalisierung und Amerikanisierung deshalb Synonyme. Die durch die modernen Kommunikationstechnologien geförderte kulturelle Globalisierung greift die organisch gewachsenen Identitäten der Völker an und arbeitet an einem konsumistisch abgerichteten Welteinheitsmenschen.

10. Wie sieht Ihrer Meinung nach die Zukunft der Schweiz im System der Globalisierung aus?

Weil sich die Menschen zunehmend gegen die Entmündigungs- und Ausbeutungsformen auflehnen, ist die Globalisierung als ein Prozess zu begreifen, der sowohl zur De-Nationalisierung als auch zur Re-Nationalisierung führt. Überall auf der Welt werden starke nationale, soziale und identitäre Erneuerungsbewegungen der Diktatur des Globalkapitals entgegenzutreten. An diesem Kampf werden sich die SD, welche im Gegensatz zur SVP keinen neoliberalen Flügel besitzen, mit ganzer Kraft beteiligen. Es scheint paradox: In der Zeit ihrer grössten Auflösungsgefahr werden die Nationen als Schutz- und Solidargemeinschaft-

ten zu neuer Vitalität erblühen. Der Schlachtruf schon der nahen Zukunft könnte lauten: Macht kaputt, was die Völker kaputtmacht.

Schon erschallt aus linken Kreisen der Ruf, wenigstens die Unternehmer möchten sich doch bitte ihrer Verantwortung für den «Wirtschaftsstandort Schweiz» bewusst sein und keine Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland mehr vornehmen. Doch auch ein «Standort» kann die Nation nicht ersetzen.

Wer jahrelang eine antischweizerische Politik betrieben hat, darf sich nicht wundern, wenn andere Orientierungen – etwa die auf den eigenen Profit – in den Vordergrund treten. Auf die etablierten Parteien fällt nun unausweichlich zurück, was man immer gewollt hat: die Abkehr von nationalen Interessen. Irgendwann werden aber die Schweizer bemerken, auf welchen bösen Irrweg sie sich haben locken lassen. Hoffentlich ist es dann nicht zu spät.



Kanton Bern



Roland Schöni ist SD-Regierungsratskandidat

Die Schweizer Demokraten (SD) haben den Berner Oberländer Roland Schöni als SD-Regierungsratskandidat nominiert.

Roland Schöni, geb. 1958, Böningen, ist Vater von drei Kindern. Seit Juni 2005 amtiert er als SD-Zentralsekretär und SD-Kantonalpräsident und war im vergangenen Jahr Koordinator des SD-Referendums gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit den osteuropäischen Staaten. Roland Schöni ist eine dynamische und integere Persönlichkeit. Auf ihn ist Verlass. Er kämpft für sichere und neue Arbeitsplätze. Deswegen setzt er sich für weniger Bürokratie, tiefere Steuern und Gebühren ein. Konsequenterweise kämpft Roland Schöni für mehr Sicherheit sowie gegen Asyl- und Sozialmissbrauch. Denn er will, dass sich unsere Kinder, Frauen und Männer sicher überall im Kanton Bern bewegen können. Und er will, dass unsere Sozialwerke nicht für Scheinasylanten, son-

dern für die echt Hilfsbedürftigen da sind. Genau deshalb ist Roland Schöni der ideale Mann für den Regierungsrat.

SD für über 500 000 Stimmbürger wählbar

Die SD beteiligen sich in fünf von acht Wahlkreisen an den Grossratswahlen 2006: Neben den bisherigen Wahlkreisen Bern-Stadt (1 Bisheriger), Mittelland (1) und Thun (1) sind dies neu die Wahlkreise Biel-Seeland, und Berner Oberland (hier mit einer gemeinsamen Liste mit der Freiheitspartei). Die SD wollen ihre bisherigen drei Sitze verteidigen und sowohl im Berner Oberland wie auch im Seeland je ein weiteres Mandat dazu gewinnen, was Fraktionsstärke bedeuten würde.

*Schweizer Demokraten (SD),
Bernhard Hess, Nationalrat,
Wahlkampfleiter*



Kanton Aargau



Lidwina Wiederkehr – erste SD-Gemeindepräsidentin



Nachdem wir in den vergangenen Jahren Nationalratssitze, Gemeinde- und Kantonsparlamentssitze, Schulbehörden-sitze, Sozialkommissionssitze und auch Gemeinderatssitze erobert haben, ist nun mit Lidwina Wiederkehr erstmals ein SD-Mitglied zur Gemeindepräsidentin gewählt worden. In der aargauischen 1000-Seelen-

meinde Rekingen ist das «pasziert». Wir gratulieren Lidwina Wiederkehr, unserer langjährigen SD-Zentralvizepräsidentin, sehr herzlich zu diesem tollen Wahlerfolg. Sie kann bereits auf einige erfolgreiche Gemeinderatsjahre zurückschauen. Nun hat sie also eine neue Herausforderung angenommen und muss sich mit folgenden Problemfeldern beschäftigen: Behörden und Verwaltung, Personal, Justiz und Polizei, Kriegswirt-

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

schaft, Orts- und Regionalplanung Kontakte zu Kanton, Bezirk und deutscher Nachbarschaft, Abstimmungen und Wahlen, Zivilstands- und Bürgerrechtswesen, Niederlassung und Aufenthalt, Kommunikation (Information, Medien, Rekinger-Post (Ortszeitung)), Zusammenarbeit Gemeinden, Industrie und Gewerbe (Fabrikaufsicht), Sozial- und Vormundschafswesen, Entsorgung. Zudem ist sie Delegierte für den Planungsverband Zurzibiet und den Ge-

meindeverband Sozialdienste. Und nicht zuletzt muss die Frau Gemeindeamann Wiederkehr auch Gemeindeversammlungen leiten, was sie gut kann!

Alles in allem ist dies eine sehr grosse Herausforderung, der sich Lidwina Wiederkehr bestimmt kompetent, geschickt und überzeugend stellen wird. Sie wird den Beweis erbringen, dass auch jemand aus unserer Partei in der Lage ist, ein solches Amt hervorragend auszufüllen.

Rudolf Keller

Kanton Zürich

Asylbetrüger

(FAM.) Ein irakischer Asylant, verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in der Stadt Zürich, erhält vom Sozialamt dieser Stadt monatlich Fr. 7600.– ausbezahlt. Er kann jederzeit Barkäufe von Fr. 40 000.– tätigen, denn er verfügt über 20 Millionen Vermögen, welches er nun irgendwie Gewinn bringend anlegen möchte.

Wir haben die Informationen:

SD Uster, Postfach 1397, 8610 Uster

Die SD kandidiert in folgenden Zürcher Gemeinden:

- Stadt Zürich, Liste 12
- Winterthur, Liste 9
- Dübendorf, Liste 8
- Uster, Liste 6
- Opfikon-Glattbrugg
- Volketswil, Samuel Brünngger

Stadt Dübendorf, SD-Liste 8:

SD-Mandat verteidigen!

Etwas später als anderswo im Kanton finden am 19. März in der Stadt Dübendorf kommunale Wahlen statt. Seit 1974, der Gründung eines Stadtparlamentes, ist die Partei ohne Unterbruch in diesem vertreten, zuerst als Republikanische Bewegung, später als Nationale Aktion, nun als Schweizer Demokraten. Die heutige Mandatsträgerin heisst Elisabeth Cafilisch. Selbstverständlich hat die Ortsgruppe eine Liste zur Verteidigung dieses Sitzes eingereicht. Die Liste ist zwar klein, aber mit einer gesunden Mischung und von guter Qualität. Qualität kommt vor Quantität! An deren Spitze steht die wieder kandidierende Cafilisch, kaufmännische Angestellte in leitender Funktion beim Glattwerk AG, frühere Gemeindewerke. Frau Cafilisch war allein erziehende Mutter von vier nun erwachsenen Kindern. 8 Jahre hat sie sich als Freiwillige auch im Zivilschutz engagiert. Es folgt Guido Dufner, 29-jähriger Stadtpolizist in Zürich und Hundeführer in Ausbildung. Der in Ausbildung stehende junge deutsche Schäferhund ist noch sehr lieb. Nachher kommt auf der Liste Fritz Woenhard, Innenarchitekt und Schreinermeister. Die

Liste wird abgeschlossen durch Rolf Hertach, ebenfalls gelernter Schreiner aus Gockhausen, dem Villenvorort von Dübendorf. Alle Kandidaten sind doppelt aufgeführt. Da das Stadtparlament 40 Sitze aufweist, sind die übrigen Linien auf der Liste leer. Bitte lassen sie diese Linien wenn immer möglich leer, denn nur so kommt ihre ganze Stimmkraft den Schweizer Demokraten zugute. Selbstverständlich sind alle Mitglieder und Sympathisanten der Schweizer Demokraten aufgerufen, die Liste 8 Schweizer Demokraten SD unverändert in die Urne bzw. den Briefumschlag für die Wahl zu legen.

Die Schweizer Demokraten beteiligen sich nicht mit einem eigenen Kandidaten an den Stadtratswahlen. Als Stadtpräsident empfehlen wir dort offiziell Kurt Spillmann zur Wahl. Spillmann ist ehemaliges Mitglied der Autopartei, nun in der SVP. Er hat sich schon öffentlich gegen die bevölkerungsmässige Überfremdung der Schweiz gewendet. Als weiteres Mitglied des Stadtrates empfehlen wir zudem André Ingold, ebenfalls SVP. Verpassen Sie bitte diese Wahlen nicht!

Jean-Jacques Hegg, e Nationalrat

Der Sonderfall: Die 68er-Falle

Fortsetzung von Seite 7

CVP, FDP) alles andere als ein Paradies beschert hat. Ehen und Familien zerfallen epidemisch. Kinder werden herumgeschoben und vereinsamen. Arbeitslosigkeit, Invalidität und Süchte nehmen zu. Explodierende Sozialkosten haben uns ein riesiges Schuldenloch beschert. Die Gesellschaft überaltert. Und wer hat schon eine Idee, wer all die Ansprüche langfristig bezahlen soll...? Die Linke beschwichtigt: Das Geld sei schon hier, sagt sie, man müsse es den Vermögenden nur abnehmen und «gerecht» verteilen. Und die Pseudoliberalen hoffen auf irgendeinen phantastischen Aufschwung, der dann endlich wieder mehr Wohlstand für alle bringt.

Beschwingt und treffend analysiert der Unternehmer und Nationalrat Otto Ineichen die Defizite der Schweizer Wirtschaft und Politik (Ineichen, Otto. Was läuft schief?: Wege zu einer erfolgreichen Schweiz. Zürich 2004). Ineichens Remedur aber wirkt recht hilflos, wenn er aufruft zu traditionell vernünftiger Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg. Das aktuelle Regierungssystem hat uns die Suppe eingebrockt. Woher die Hoffnung, dass wir sie mit konkordanter Politik wieder auslöfeln werden? Es ist verständlich, dass man versucht, alte Zöpfe neu zu flechten. Schliesslich wurde uns der Geist der Konkordanz seit dem ersten Staatskundeunterricht eingeträufelt. Und, ganz zu Recht war die Schweiz stolz auf ihre Leistung, Minderheiten ins politische und gesellschaftliche System zu integrieren. Doch das Staatsmodell, das bis zu den 1960er-Jahren förderlich war für unsere Nation, ist längst zum lähmenden Koloss mit zunehmend totalitären Zügen verkommen. Wehe, der Christoph Blocher wieder mal aus den bundesrätlichen Reihen! Schon stürmt es heftig im linken Blätterwald gegen den Mann, der sich einfach nicht einfügen kann. Die «Konkordanz» ist heute ein Machtinstrument der

linksliberalen Mehrheit. Macht korruptiert. Meistens. Links-Liberal jedenfalls benutzt die «zauberhafte» Formel, um eigene Ziele durchzusetzen und ungefällige Minderheiten mundtot zu machen. Will die Schweiz gesunden, ist das System abzuschaffen und durch ein Oppositions-System zu ersetzen. Von der Konkordanz zur Konkurrenz! Statt lähmender Einheitlichkeit, verantwortliche Führung der Politik. Statt Paradies-Gebastel, eine Wende zu einer mutigen, bürgerlichen Politik. So wie ich es verstehe, schlägt das Herz des Schweizer Volkes nach wie vor bürgerlich. Im stillen Kämmerlein flackern noch Werte wie: Christlicher Glaube, Anstand, Respekt, Kreativität, Fleiss, Beharrlichkeit, Treue, Verantwortlichkeit, Mut, Opferbereitschaft, Bescheidenheit, Ehrlichkeit. Doch das öffentliche Leben (Politik, Medien, Bildung, Kultur) wird dominiert von den Irrlichtern der Machthaber.

Kinofans erinnern sich vielleicht an den verzauberten Fürsten im Film «Der Herr der Ringe». Apathisch und unfähig sass der Souverän auf seinem Thron und überliess das Volk dem Untergang. Erst, als er aus seiner Verzauberung befreit wurde, erhob er sich neu zur mutigen und effizienten Tat. Eine solche Befreiung wünsche ich dem betroffenen Teil des Schweizer Souveräns. Wir blicken zurück auf eine einmalig gesegnete Geschichte. Und wenn wirs packen, voraus in eine ebensolche Zukunft. Also raus aus der Lähmung! An die Urnen. In die Medien. Mit Initiativen und Referenden auf die Strasse. In die Parlamente, Gerichte und Chefetagen. Doch, seien wir uns bewusst: es ist nicht etwa zum lieblichen Debattieren aufzustehen, sondern zur Rückeroberung von Macht. Wer seine Karriere und sein Leben nicht in die Waagschale werfen will, der möge weiterhin «paradiesisch darben». Die andern sollen mit Todesmut antreten: Für was es sich nicht lohnt zu sterben, für das lohnt es sich auch nicht zu leben

Daniel Regli

BESTELLTALON

Bitte senden Sie mir:

_____ Ex. «Die 68er-Falle» zum Preis von Fr. 20.–;
Versandkostenanteil Fr. 5.–

Absender: _____

Artesio Kultur-Agentur, Kornamtsweg 8,
8046 Zürich. www.artesio.ch 044 372 03 26



Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Länderspiele ohne Hymnen?

In der Nr. 1/2006 der Zeitung «Schweizer Demokrat» wird das Abspielen von Nationalhymnen bei Sportanlässen energisch verteidigt und befürwortet. Als recht patriotisch gesinnter Schweizer bin ich anderer Meinung. Gerade bei Fussballländerspielen sind seit längerer Zeit wegen abnehmender echter Identifikation mit dem Land seitens gewisser Athleten und eines Teils des Publikums die Nationalhymnen zu blosser Fassade und Aufheizung für Randaliererei gekommen. Bei Boxkämpfen plädieren Kommentatoren ebenfalls – wie Sepp Blatter – für den Verzicht auf das Verwenden von Nationalhymnen. Ebenso entschieden bin ich gegen jeglichen Missbrauch,

d.h. Entwürdigung der Melodie der Nationalhymne durch Komiker für ihre Spässchen in den Medien. Nationalhymnen verdienen einen speziellen Rahmen, um ihre wirkliche Bedeutung zu bewahren. Sie sollen zur Besinnlichkeit anregen, zu Gedanken der Verbundenheit mit der Heimat und ihren Werten. Dies gilt für den Nationalfeiertag und andere wichtige Festlichkeiten, bei denen an die Zusammengehörigkeit innerhalb des Landes erinnert wird. Den Stolz auf eine einzige Nationalität (ohne Doppelbürgerschaft!) kann man auch ohne Erklingen der Landeshymne und ohne Überheblichkeit manifestieren.

René M. Levkowitz, Forch

Eidgenosse?

Als ehemaliges Mitglied der Redaktionskommission des Grossen Rates des Kantons Aargau während acht Jahren habe ich nach wie vor ein scharfsinniges Auge für redaktionelle Feinheiten. Da fällt mir in der Ausgabe Nr. 1/2006 auf, dass unter dem an sich interessanten Beitrag «Ein unbequemer Querdenker», Nachlese zu den Vorortsunruhen in den Grossstädten Frankreichs, der als islamische

Scharfmacher bezeichnete Tariq Ramadan als Genfer Bürger und «Eidgenosse» bezeichnet wird!

Man merke sich, es gibt Schweizer Staatsbürger, Schweizer und Eidgenossen, zu den Letzteren kann der Enkel des Gründers der Muslimbruderschaft in Ägypten sicher nicht gerechnet werden!

*Werner Wassmer,
a. Grossrat (FPS), Aarau*

Bevölkerungswachstum belastet Umwelt

Leute ohne Sehvermögen sind zu bedauern und ihnen gebührt Respekt bei der Bewältigung ihres Alltags. Dies im Gegensatz zu jenen Personen, die ideologisch blind sind. Es ist bekannt, dass zur Zeit der Wohnflächenbedarf pro

Person in der Schweiz wächst. Tatsache ist aber, dass mehr als die Hälfte des zusätzlichen Flächenbedarfs in der Schweiz durch das Wachstum der Bevölkerung verursacht wird. Von 1990 bis 2004 ist die Gesamtbevölkerung in der

Schweiz um 700 000 Personen gewachsen. Das bedeutet im Durchschnitt 50 000 pro Jahr, was einer Stadt von der Grösse von Biel entspricht. Es ist für eine Problemanalyse völlig irrelevant, woher dieser Bevölkerungszuwachs stammt. Tatsache ist aber, dass die Schweizer Bevölkerung im gleichen Zeitraum nur leicht zugenommen hat und ohne die massiven Einbürgerungen in den letzten Jahren sogar abgenommen hätte. Daraus folgt, dass für die massive Zunahme der Gesamtbevölkerung im vergangenen Jahrzehnt die Einwanderung verantwortlich ist.

Wenn man diese belegbaren Tatsachen beim Namen nennt, hat das gar nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun. Auch die Feststellungen, dass jede Person mehr Infrastruktur wie Strassen, Sportanlagen, Arbeitsflächen, Schulhäuser, etc. verbraucht – gleichgültig ob sie in einer Einfamilienhausiedlung oder in einem Hochhaus wohnt – und dass das Schweizer Mittelland mindestens eine der

höchsten Bevölkerungsdichten in Europa aufweist, sind emotionslose Fakten. Es scheint aber ein Zeichen der Zeit zu sein, dass man ideologisch unangenehme Tatsachen mit dem Rassismus- oder Datenschutzgesetz zu unterdrücken versucht. Dabei muss pro natura Jahr für Jahr von den länger werdenden Roten Listen bei fast allen Tierarten in der Schweiz berichten. Einen Tümpel dort und eine Hecke an einem anderen Ort zu erstellen, ist zwar schön und gut, derweil wegen der Bevölkerungszunahme täglich zig Quadratmeter Boden zubetoniert werden, hat wenig mit nachhaltigem Umweltschutz zu tun. Die Zeit ist längst überfällig, dass sich auch pro natura dezidiert zum Problemkreis Bevölkerungswachstum = mehr Bodenverbrauch = weniger Natur äussert und klar Stellung bezieht. Wer diese Zusammenhänge nicht sieht beziehungsweise sehen will, ist ideologisch blind.

Markus Trautwein, Binningen

Swisscom und Bundesrat

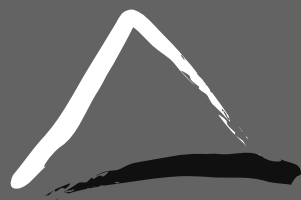
Die unglaublichen finanziellen Reserven der Swisscom wurden in jahrzehntelangem Raubrittertum gegenüber dem Schweizer Volk erwirtschaftet. Die Swisscom, vormals die PTT, nutzte ihre Monopolstellung und bereicherte sich schamlos. Obschon über Nacht mehrere Konkurrenten neben der Swisscom um Kunden buhlten, der administrative Aufwand für diesen bestehenden Markt explosionsartig anstieg, die Preise radikal einbrachen, fährt die Swisscom noch immer rekordverdächtige Gewinne ein. Dies lässt auch Unkundige Einblick nehmen in das unglaubliche Ausmass des wirtschaftlichen Schadens, den die PTT unserem Staat zufügte. Nach der Privatisierung investierte die neu teilprivatisierte Swisscom noch Unmengen von Geld in Liegenschaften. Tony Reis, Jens Alders Vorgänger, verlockte 3 Milliarden (3000 Millionen) in die Debitel Deutschland und schädigte den Schweizer Staat mehr als jeder andere Bürger unseres Landes. Der FDP-Filz, der die Swissair aus wirtschaftlicher Inkompetenz in den Ruin trieb, bestand vergleichsweise aus Sonntagsschülern. 650 Millionen trug man nach Indien und Indonesien und auch das gescheiterte Engagement in Tschechien war ein voller Verlust. Mit Jens Alder steht ein neuer Profilierungsneurotiker ohne das geringste Verständnis für wirtschaftliche

Zusammenhänge an der Spitze der Swisscom. Jens Alder muss gebremst werden! Aus diesem Grund bildete sich eine SVP-FDP Allianz um die Bundesräte Blocher und Merz, die weiteres Unheil abzuwenden versuchen. Es macht Sinn den Anteil des Staates, des Volkes, aus der Swisscom auszulösen. Es muss zwingend verhindert werden, dass dem Volk noch weitere finanzielle Mittel entzogen werden, bis dieser Schritt vollzogen ist.

Der Einbruch des Swisscom-Papierwertes von vorübergehend 1,5 Mia. Franken ist nicht auf den richtigen Entscheid der Regierung, sondern auf die unsachliche Stimmungsmache dieser politischen Leichtgewichte zurückzuführen. Der Schaden, den die Swisscom in den letzten Jahren antizyklisch zum Markt erlitt, beträgt 8 Mia. Zu einem guten Teil wird hier die zukünftige Bedeutung der Telekommunikationsunternehmungen generell widerspiegelt. Es muss sofort der noch verbleibende Anteil des Staates am Vermögen der Swisscom abgeschöpft werden. In der Telekommunikation ist ein natürliches Wachstum nur noch sehr bedingt in Entwicklungs- und Schwellenländer möglich, ein Wachstum basierend auf Einkäufen in Europa ist zum Scheitern verurteilt. Nur in der Schweiz scheinen dies nicht alle begriffen zu haben.

Stefan Sallenbach, per E-Post

Anzeige



ALPENPARLAMENT

1. Internationaler Kongress des Alpenparlamentes 17. - 19. März 2006 in Bern - Schweiz

BEAbern
congress

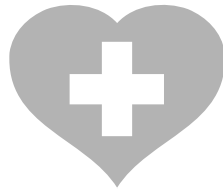
«Menschheit wohin?»

Was Sie an diesem Kongress erfahren, kann Ihr Leben verändern. Dieses Wochenende soll Mitmenschen und Medien aufklären und wachrütteln!

Zu diesem Anlass haben sich namhafte Persönlichkeiten als Referenten zur Verfügung gestellt. Ärzte, Heilpraktiker und Autoren aus dem In- und Ausland werden über Naturheilkunde, Gesundheit und Überlebenschancen unserer Zivilisation sprechen. Zum Abschluss ist ein spannendes Podiumsgespräch geplant. Informieren Sie sich auf unserer Website www.alpenparlament.com.

Freitag, 17. März 2006		Samstag, 18. März 2006		Sonntag, 19. März 2006	
12:00	Türöffnung	08:30	Türöffnung	08:30	Türöffnung
14:15	Martin Frischknecht: ERÖFFNUNG	10:00	Ekkehard Scheller: «Blutanalyse anhand der Dunkelfeldmikroskopie»	10:00	Ekkehard Scheller: «Blutanalyse anhand der Dunkelfeldmikroskopie»
14:30	Günter Albert Ulmer: «Atommüll-Endlagerung - ein weltweites Problem»	13:00	Prof. Dr. Siegfried Tischler: «Mord an der Gaia mit- tels Umweltschutz»	12:00	Dr. Hans Ulrich Hertel: «Schädlichkeit von Mikro- welle und Mobilfunk»
15:30	Ekkehard Scheller: «Vor-Information über Blutanalyse»	14:00	Dr. med. Volker Mann: «Informationsmedizin, ein neuer Ansatz für Diagnose und Therapie»	14:00	Dr. Michael W. Trogisch: «Krebsbehandlung mittels Hochtemperatur-Methode»
16:15	Prof. Dr. Siegfried Tischler: «Bewusstseinskybernetik»	15:15	Harry Heutschi: «Willkür in der Justiz»	15:00	Prof. Dr. Siegfried Tischler: «Was uns in Bezug auf Treib- hauseffekt und alternative Energien nicht gesagt wird»
17:15	Uwe Karstaedt: «Hystamin-Cholesterin»	16:15	Dr. med. Frank André: «Borreliose, Mikroparasitose und Enderleinsche Zyklologie aus der Sicht des Praktikers»	16:15	Dr. med. Frank André: «Krebs und chronische Krank- heiten erfolgreich behandeln mit Elektro-, Frequenz- und Bioimmuno-Therapie»
19:30	Harry Heutschi: «AHV (Renten)-Schwindel»	17:30	Prof. Dr. Siegfried Tischler: «Erdöl-Schwindel»	17:30	Armin Risi: «Die Macht des Einzelnen»
20:30	Dr. med. Frank André: «Interessante und bewährte Methoden medizinischer Mikro- skopie als Instrument zur Diagno- sefindung und Therapiekontrolle in der biologischen Medizin»	19:45	«Beweise für den insze- nierten Terror» • Armin Risi, Sachbuchautor und Philosoph, Schweiz • Karin Parker, Menschenrechts- Anwältin, San Francisco USA • und weitere	19:45	Martin Frischknecht: SCHLUSSWORT
21:30	Dr. med. Volker Mann: «Informationsmedizin, ein neuer Ansatz für Diagnose und Therapie»			19:50	Podiumsgespräch mit Fra- gen aus dem Publikum

Besuchen Sie den 1. Internationalen Kongress des ALPENPARLAMENTES im BEA Bern Congress! Wir haben Lösungsvorschläge für einen neuen Kurs in der Gesundheit, der Umwelt und der Politik. Weitere Informationen erhalten sie über Internet www.alpenparlament.com oder Tel. 033 345 25 56 und Fax 033 356 40 56.



Le World Economic Forum



Mary Meissner,
Vernier

Le grand show mondial de l'économie s'ouvre à Davos dans quelques heures, et la petite Suisse endettée, prend à son compte sinon l'organisation, du moins la protection des grands de ce monde qui vont palabrer durant quelques jours sur les destinées des humains, et bien boire et manger entre les sessions. Il a fallu 5500 à 6500 soldats pour renforcer les forces de l'ordre, afin de garantir la protection des chefs de gouvernements des grands pontes des multinationales et de quelques stars pailletées qui ne veulent surtout pas manquer les planches de ce grand théâtre international. Ces grands événements sont la cause de débordements populaires dangereux!

Cela me fait penser aux temps anciens où les nobles devaient se faire protéger derrière les murs de leurs châteaux-forts par des chevaliers armés et couverts d'armures contre les attaques de peuplades misérables armées de fourches qui demandaient du pain et moins de dîmes.

Les nobles d'aujourd'hui sont les milliardaires des multinationales qui vont discuter à Davos de la meilleure façon de mâter les serfs travaillant pour eux, les consommateurs aux ordres de la génétique et la façon la plus subtile de faire oublier les SDF couchant dans les rues des grandes villes.

Qu'y a-t-il de changé depuis ces réunions ont lieu régulièrement à grand renfort de publicité? Les guerres et autres luttes ne diminuent pas, la pauvreté augmente, les conflits économiques se renforcent et le terme de terrorisme remplace les règlements et mesures policières. Le pire c'est qu'à l'analyse, et en revenant suffisamment en arrière, on tombe inmanquablement sur les questions religieuses. Depuis la nuit des temps la politique, l'humanitaire, l'économie et la diffusion écrite de lois applicables par la classe dirigeante, ont été dictées par la religion. Les prêtres Incas arrachaient le cœur de leurs ennemis, en Egypte, les prêtres dictaient leurs cérémonies diverses au peuple et aux pharaons, en Inde les dieux étaient gravés dans la pierre et adorés par des troupes d'orants et d'orantes, combien de bouddhas surveillent encore les Tibétains, les Indonésiens, les Sri Lankais et j'en passe, qui se prosternent face contre terre dans les milliers de mosquées qui s'élèvent dans le monde, et n'ou-

blions pas les millions de fidèles qui font allégeance au Pape sans se poser trop de questions. Mais pour se battre entre eux ou contre les autres qui ne pensent pas comme eux, rien n'est trop violent.

Alors comment voulons-nous, à Davos, convaincre tant de peuples à s'entendre sur des échanges équilibrés, une répartition parfaite entre pauvres et riches, surtout que ces derniers se cramponnent à leurs acquis entassant toujours plus de fortunes à travers la construction et la vente d'armes destructrices, de nourriture immangeable et d'air de plus en plus pollué par leurs engins!

Tant qu'il y aura autant de monde sur terre, il y aura des opinions divergentes, des magouilles nauséabondes, des croyances illusoire, et même, comme ce que je viens de lire dans un journal anglais, un retour aux sorcelleries qui tuent et martyrisent des enfants. La Chine et l'Inde font mieux. Ils déciment à la naissance et même avant, les petites filles qui ne sont pas bonnes à la guerre. Les musulmans excisent leurs demoiselles pour leur convenance sexuelle personnelle, les Espagnols soi disant éduqués à l'occidentale, martyrisent leurs animaux sans pitié, comme les Japonais qui mangent les requins, les baleines, et les dauphins à la suite de chasses sanglantes.

Et le WEF perd son temps à para-



der dans les Alpes suisses pour des questions de gros sous. Cette réunion est spécialement organisée en faveur des multinationales toutes puissantes pour renforcer leur main-mise sur les richesses (ou ce qu'il en reste) du monde, au détriment des plus pauvres, des plus faibles et des plus démunis. Pendant ce temps les mafias, les triades et autres trafiquants volent et se remplissent les poches d'une autre manière, plus brutale mais tout aussi l'étable.

N'oublions pas les banquiers et surtout ceux issus du Mayflower aux Etats-Unis, qui ont atteint le sommet du vol organisé. C'est la planche à billets, les accords de Bretton Wood et la dévaluation de l'or qu'ils jettent officieusement aux orties, mais gardent dans leurs coffres lorsque le papier monnaie s'effondrera. Ont-ils été invités ceux-là à Davos pour rendre des comptes?

Lorsque la planète disparaîtra dans un trou noir, que restera-t-il dans le cosmos?

En parcourant la presse

Conférence Internationale sur la paix de Londres

Les médias n'ont pas parlé de cette Conférence qui a eu lieu à Londres le 10 décembre de l'année passée. Y ont participé 1500 personnes du monde entier. Outre une demande généralisée de stopper la guerre en Irak, les délégués ont demandé de pouvoir envoyer au TPI de la Haye les fauteurs de guerre, les vrais coupables de ces massacres qui continuent jour après jour, Bush et Blair, qui ont mis ce pays à feu et à sang sur un mensonge. Le 1er janvier était la journée de la Paix. Quelle dérision! Passés sous silence l'appel désespéré de Benoit XVI, et les résultats de cette conférence!

Les médias ont préféré montrer les agapes mondiales sous les explosions festives et colorées du Nouvel-An!

A ce propos je voudrais rappeler les menaces proférées par Saddam Hussein avant les attaques américaines: «Notre réponse va impliquer beaucoup plus qu'une riposte instantanée, il y aura des frappes isolées et des croyants se feront exploser. La guerre sera longue et redoutable. Nous attaquerons les soldats des nations qui apporteront leur soutien à cette guerre contre l'islam.» Ces quelques menaces ont été reprises par Bush à l'encontre des «terroristes irakiens», sans grand succès à ce jour, malgré l'utilisation des «Willy Pe-

te», bombes au phosphore blanc proscrit par l'ONU en 1980 déjà. Sur Falloudja, les GI's ont lancé des bombes incendiaires Mark 77, composées de 20 kg de gel de polystyrène plus 240 l. de kérosène également interdit par l'ONU, qui dissolvent les chairs jusqu'aux os en laissant les habits intacts. Bref cette guerre est fondée sur des illusions et des mensonges.

Afghanistan, même topo

Dans cet autre enfer qui ne fini pas de brûler, la Suisse neutre, humaine et paisible, renie ce statut en envoyant des soldats sur ce champ de bataille où l'OTAN et les Etats-Unis continuent à imposer leurs conceptions démocratiques, occasionnant des dégâts colatéraux c'est-à-dire la mort de civils. Nos autorités appellent l'intervention de nos sol-

dat, des opérations de maintien de la paix. Mais ce n'est rien d'autre qu'un euphémisme pour désigner l'occupation militaire d'un pays étranger, effectuée sous la menace constante d'être impliqué dans des actes de guerre. Les frais occasionnés par ces déplacements sont-ils inclus dans les milliards du budget de l'armée suisse? Cela a commencé par l'envoi de la Swisscoy au Kosowo. Au début les soldats n'étaient pas armés, puis on a imposé leur armement. Ensuite il y eu le rapprochement avec l'OTAN (PPP) et aujourd'hui le pays doit décider de prendre part à ces exactions américaines, ou rester un pays qui se souvient de ses racines et de ses traditions et continue à remplir ses missions humanitaires,

Suite en page 14

Suite de page 13.

lesquelles lui ont valu jusqu'ici le respect du monde entier. Le fait qu'un porte parole de l'OTAN ait déclaré à Bruxelles «*nous serions enthousiasmés si la Suisse participait*», montre que l'Alliance Atlantique veut intégrer notre pays dans un système pro américain. Il faut espérer que notre conseiller fédéral Schmid ne cédera pas aux sirènes guerrières des Etats-Unis et de l'OTAN.

Le surnom Deiss-OGM fait son apparition

Dans le maquis des lois, il existe une inquiétante nouvelle législation sur les brevets actuellement en consultation. Elle contient un article qui prévoit qu'en cas de contamination de champs voisins par des semences OGM brevetées, on attribuera la récolte des champs voisins au titulaire du brevet. C'est monstrueux de planifier ainsi l'expropriation d'agriculteurs. Si la

collaboration plus étroite avec les Etats-Unis annoncée par le Conseil fédéral doit dégénérer en une telle soumission à Monsanto ou à d'autres multinationales, il faut virer le Conseil fédéral. Comment les citoyens suisses pourront-ils dans ce cas de figure, se protéger d'une intoxication, pour ne pas dire empoisonnement forcé? Monsieur Deiss n'a pas à recourir à une campagne de relations publiques pour ôter à la population ses craintes au sujet des OGM. En déclarant le soir des

votations populaires sur les manipulations génétiques que «*l'importation d'aliments génétiquement modifiés en Suisse n'était pas interdite et que finalement 5 ans c'était vite passé*», monsieur Deiss prouve qu'il est soit aveugle, soit vendu. Ce faisant il a lancé un défi aux consommateurs(trices) et il y a lieu d'inscrire en gros et lisible la composition exacte de chaque produit importé ou non, surtout s'ils contiennent des OGM. Infos lues dans le journal *Horizon et débats* No 34.

Maria de Seimners

Chartes de l'eau

Nous avons souvent parlé dans ce journal des problèmes inhérents aux ressources d'eau douce de notre planète. Je voudrais souligner que pour rester potable, ce bien inestimable mondial, bien commun inaliénable de l'humanité, doit non seulement être économisé, respecté, mais aussi protégé. Pour ce faire, abstractin faite des économies du privé, le domaine public a le devoir de surveiller le bon fonctionnement de la qualité de nos rivières et de nos lacs.

Dans cette qualité entre le contrôle, des installations de distribution, mais aussi et surtout celles des STEPS, stations d'épuration devenant de plus en plus nécessaires au fur et à mesure de l'augmentation des populations. Le canton de Genève est un point capital dans la distribution, le nettoyage et la protection d'un environnement balaféré de centaines de rivières, ruisseaux et rivulets descendant des montagnes du Jura d'une part, et des Alpes de Savoie d'autre part vers le Rhône et le lac Léman. Ce qui explique l'obligation de s'entendre avec la France, d'où des dizaines de contrats rivières, et de participations financières aux stations

d'épuration, dans lesquelles viennent se déverser quantité d'eaux usées de nos voisins. Considérant les principes et dispositions adoptés par la communauté internationale, **la charte de l'eau région lémanique** a conclu des accords franco-suisses qui sont les suivants:

- La convention CIPEL (1962) et son plan d'action 2001-2010, pour que vivent le Léman et ses rivières.
- Le Comité Régional Franco-Genevois (CRFG) créé en 1974 pour la revalorisation des rivières du Genevois.
- Le Conseil du Léman en application de la convention-cadre du Conseil de l'Europe sur la coopération transfrontalière des autorités et collectivités territoriales (1982 et 1984)

Les auteurs de cette charte demandaient aux canton de Vaud, Valais et Genève, avec les départements de Haute Savoie et de l'Ain, en 2005 déjà, d'adopter la dite Charte et de mettre en œuvre les programmes d'action qui en découlent.

Pour une fois, au lieu de critiquer ce canton assez mal en point ces derniers temps, je dois reconnaître

qu'en ce qui concerne l'énorme travail en cours et que j'ai pu moi-même voir avec des responsables du département de Robert Cramer qui s'occupe de la renaturation des rivières, et de l'amélioration des Steps, je tire mon chapeau. Les Genevois et autres populations outre-Jura peuvent boire tranquillement une eau potable de qualité.

Il y a cependant un hic du côté français concernant l'optique du développement durable. On se heurte à une inertie de l'application de lois datant de plus de trente ans selon les lieux. De plus, les collectivités publiques ont tendance pour limiter les oppositions à dessiner des périmètres de plus en plus petits et les moins contraignants possibles afin de ne pas s'aliéner des voix aux votations dont la France se nourrit au lieu de contribuer à la bonne marche de son environnement. De ce fait il y a lieu de mettre en doute ce que j'appelle une participation éthique et humaine. La Suisse, une fois encore, va prendre sur ses épaules les charges financières, politiques et environnementales, la protection d'eaux polluées venant de France qu'il faudra surveiller et nettoyer pour sauver nos poissons et notre santé.

Mary Meissner

Incroyable ingérence

La Suisse continue à se laisser ruiner par une pléthore de citoyens étrangers, qui pour contrôler les comptes en déshérence, qui pour l'or volé grâce aux nazis, qui pour une aide financière à l'Afrique du Sud du temps de l'apartheid, et maintenant voilà un Africain rapporteur de l'ONU, Doudou Diène, qui vient enquêter sur le racisme helvétique.

De quel droit tous ces gens inconnus, osent-ils nous demander des comptes? Les Droits de l'Homme dont ils se réclament ne soulignent-ils pas que la liberté d'expression, de pensée et de croyance de l'individu, doit être respectée selon

son appartenance? Les musulmans ne crient-ils pas haut et fort qu'ils obéissent aux lois d'Allah et pas aux lois édictées par des hommes non musulmans? Les Iraniens actuellement ne revendiquent-ils pas leur droit à la recherche atomique pour le bien du pays? Et le Président Bush se laisse-t-il impressionner par les critiques universelles contre Guantanamo?

Il n'y a que la Suisse pour essayer de s'excuser en créant de coûteuses commissions, et avoir d'interminables palabres au sein du Conseil fédéral. Hier c'était les prisons étasuniennes dans le monde et le survol de notre territoire par des avi-

ons mytérieux, aujourd'hui, c'est l'accusation de racisme et de xénophobie contre nos hôtes étrangers spécialement de couleur.

Doudou Diène a interviewé quelques citoyens suisses appartenant d'abord à la gauche pro-asylants, et Christoph Blocher qui aurait dû refuser de le recevoir et voici pourquoi. Dans un seul journal de langue française tous les jours, mais spécialement aujourd'hui, on peut lire les exploits de nos étrangers:

- Depuis novembre 2005, un couple d'Ivoiriens a falsifié des cartes d'identité pour s'approprier indûment plus de fr. 400 000, y ajoutant le vol de téléphones portables pour fr. 20 000.-!

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Suite de page 14.

– **Un Congolais de 29 ans est suspecté d'avoir détourné une somme de fr. 200 000 francs en cambriolant des boîtes aux lettres appartenant aux offices postaux. Un joueur de Servette a été délesté de 97 000 francs.**

– **Deux malfrats parlant une langue slave ont attaqué la responsable du bureau de change de la place Chevelu pour lui arracher les clés du coffre.**

De telles informations paraissent chaque jour dans la presse suisse et

on ose critiquer la xénophobie et le racisme qui persistent chez nous? Je redemande pourquoi nos autorités ne prennent pas des mesures draconiennes contre les inspecteurs et autres demandeurs qui à nos yeux n'ont aucune légitimation à venir nous demander des comptes. Calmy Rey devrait répéter que proportionnellement à notre territoire et notre population, nous sommes le pays occidental le plus ouvert et donc le plus envahi par toutes sortes de gens sans scrupule, quoique n'ayant jamais eu d'empire colonial.

Mary Meissner

En parcourant la presse

Fuites connues

En date du 7.12, on pouvait lire dans la «NZZ» que Condoleezza Rice du département militaire américain avait signé un traité en Roumanie sur la disposition d'installations militaires de l'armée US sur leur territoire. Ce traité permettra aux Etats-Unis de construire des bases au bord de la mer Noire. Ce qui veut dire que toute l'esbrouffe médiatique autour des fuites sur le fax égyptien était inutile, et les commissions mises en place inutilement coûteuses. C'est triste d'être manipulés quotidiennement par des journalistes en mal de scoops qui ne calculent jamais le prix de leurs informations. Evidemment, il n'y a pas toujours des tsunamis en Indonésie ou des ouragans sur la Nouvelle-Orléans.

Procès Outreau

Un autre dysfonctionnement grave aux conséquences incalculables, c'est le procès Outreau qui est une preuve de l'incompétence, de l'incapacité ou de la malformation des gens de justice. Il s'est créé en France un nouvel organisme de contrôle (un peu tard le mal étant fait), pour surveiller le bon fonctionnement des procédures judiciaires. Nous avons en Suisse depuis quelques années l'Appel au Peuple qu'un certain Gerhardt Ulrich a fondé avec les lésés de la justice, pour essayer de sauver des justiciables injustement accusés. Hélas! ces groupes juridiques se tiennent les coudes du bas en haut de l'échelle, et l'association Appel au Peuple bataille dans des eaux troubles qui se referment sur eux. Un certain Edouardo Longo a longuement étudié le fonctionnement de ces procès et il a mis le doigt sur des arrangements parallèles (qui sont connus) avec pressions maçonniques. Ces loges professionnelles où se rencontrent les ju-

ges, avocats, procureurs, fonctionnaires de police et greffiers jouent apparemment des rôles inconciliables ou opposés pour savoir qui entrera dans la prochaine charrette pour perdre ou gagner.

Donc ces procès sont soigneusement préparés en fonction des intérêts de chacun, et le procès Outreau cache le mécanisme de destruction de certains éléments dérangeants. C'est peut-être aussi pourquoi en Suisse, il y a tant de misère morale à la suite de jugements outrageants, à cause d'une interprétation d'un juge aux idées préconçues ou suggérées.

Edouardo Longo se réfère même à une discussion au cours de laquelle un juriste lui avoua que pour avoir raison, certains juges ont recours à de faux-témoignages.

Si j'écris cela, c'est parce que je suis victime indirecte d'une magouille judiciaire qui traîne depuis 2 ans. Et je sais qu'il y a collusion entre avocats et juges en faveur de la partie adverse. C'est pourquoi je crois aux informations que je viens de citer.

Trafic d'héroïne

Savez-vous qu'il y a de l'héroïne blanche et de l'héroïne brune. Cette dernière fait de grands ravages. Elle se vend dans le seul but de faire des bénéfices. Le marché est tenu par des Albanais, des Kosovars et des dealers originaires des pays des Balkans. Et on peut lire dans la presse que nous n'avons reçu en Suisse que dix mille demandes d'asile environ, de personnes venant surtout des Balkans. Puisqu'on connaît les dealers, pourquoi ne pas les renvoyer chez eux, ou refuser ces demandes d'asile? Ces gens savent que les prisons sont pleines. Ils savent aussi que pour être incarcéré des années, il faut être en possession non pas de quantités importantes, mais de drogue coupée au maximum. En effet, à

cause d'une jurisprudence, la circonstance aggravante de la peine est établie selon la pureté de la drogue. Par ailleurs, il est regrettable qu'il n'y ait aucune collaboration entre les médecins de l'Hôpital cantonal et la police. Les inspecteurs ne sont jamais avisés en cas de surdoses ce qui les empêche d'interroger le toxicomane pour savoir qui lui a vendu cette saloperie. Le sacro-saint secret médical met le bâton dans les roues. Donc notre jurisprudence profite aux caïds. Ainsi comme ils sont arrêtés sur la pureté de la drogue, sur 55 kilos d'héroïne pure à 15% on ne pourra reprocher au dealer qu'un total de 8% de pureté, le maximum étant, pour être condamné de 12%. Un dealer vendra ainsi 50 gr. à fr. 2500, mais ne sera condamné que pour 8 gr. puisque la coupe n'est pas prise en considération.

Malgré 30 personnes qui ont été hospitalisées pendant quelques jours à cause d'un mélange appelé cristalline, rien n'a pu être concrétisé à cause du secret médical. Et qu'est-ce que c'est que cette comptabilité pharmaceutique? La loi donnerait-elle tant de calculs à faire pour épargner les dealers étrangers? La loi et la politique sont perfides et profitent aux caïds violents et brutaux. Les acheteurs sont blousés parce qu'ils achètent un substrat de drogue et doivent en acheter plus souvent.

Bref c'est une escroquerie judiciaire qui se fiche parfaitement des citoyens. Vous direz que ceux-ci sont des toxicos, moi j'en reste au dysfonctionnement judiciaire qui, dans ce cas, prêterait la santé des jeunes, la loi sur l'asile et la population prise en otage.

Problème de l'or

On dit que l'or coûte la même chose qu'en 1981. C'est faux. A cette époque le \$ était 40 fois plus haut. Mais les polémistes discutent sur une déflation ou une inflation. Cette polémique est faite pour cacher la vérité qui est que depuis 1913, lors de la création de la Réserve Fédérale Américaine, toutes les monnaies occidentales continuent à se déprécier. Aucun gouvernement ni aucun politique ne va se suicider en essayant de rétablir une monnaie saine avant que la crise que nous prévoyons depuis longtemps n'explose.

C'est une mort lente, comme celle de l'alcoolisme avec les mêmes effets. Nos gourous sont réduits à seulement essayer de nous le cacher. En vous reportant à nos précédents articles, vous constaterez que le train en marche ne peut plus s'arrêter. A quand l'éclatement de la bulle? *Maria de Seimners*

Migrants affamés d'Europe

Le problème devient sérieux et ce n'est que le début d'une migration irréversible du Sud au Nord et de l'Est à l'Ouest sur toute la planète. Comme les animaux, les êtres humains défendent leur territoire, leurs terriers durement acquis, et leur nourriture. La lutte est impitoyable pour survivre dans des conditions décentes, et il est inutile de proposer aux milliardaires de distribuer un peu de leur richesse aux masses affamées et sans avenir. Ceux-ci exigent même que ce soit les plus démunis d'entre nous qui fassions ce geste, quitte à nous regarder étouffer sous la pression des masses en mouvement.

En Irlande les marins de Roslare bloquent le port et font la grève parce que les autorités portuaires les ont mis à pied pour engager des Lettons et des Polonais qui arrivent par centaines offrant leurs services à moitié prix. A Genève comme au Tessin, les chômeurs augmentent en faveur des frontaliers qui travaillent pour des salaires minima, aux USA les Mexicains traversent la frontière au péril de leur vie, l'Espagne voit les Africains se ruer sur les barrières en fil de fer barbelé ou se noyer lors de la traversée de la Méditerranée pour venir en Italie. Les Roumains traversent l'Europe dans des cars avec l'intention s'ils ne sont pas entretenus comme des rois chez nous, de voler et piller nos magasins. Les Kosovars espèrent dealer de la drogue et les Tamouls des armes. Les gens du voyage augmentent et trainent leurs caravanes évitant la location sur des parkings de fortune ignorant l'hygiène et les Sud américains obtiennent des emplois chez les privés surchargés de travail qui ne peuvent payer que des clopinettes pour entretenir leur ménage. Dans la perspective d'un changement de climat qui va engloutir des terres habitées, assécher des champs en faveur du désert, empoisonner les eaux qui n'auront plus de poissons et brûler les dernières forêts, ces migrations seront encore plus énormes grâce à une natalité que rien n'arrête. Il y a même des illuminés qui font des enfants in vitro, des implantations sélectionnées et ils prévoient des clones. Nous sommes 6,5 milliards d'individus sur terre maintenant. Demain nous serons 7 milliards. Vive la surpopulation! Raspaël avait raison, Le Pen avait raison, Blocher a raison. Pour ne pas avoir pris les mesures adéquates à temps, nous mourrons tous entassés les uns sur les autres recouverts de nos déchets.

Charlotte Morel

Neues aus Multikultopia

Am 3. Januar 2006 erschienen die ersten Tageszeitungen im neuen Jahr. Leider kann man nur stauen, was sich über den Silvester alles ereignet hat.

Randalierende Zugspassagiere

(Zürcher Tagesanzeiger, 3.1.06)
Am Silvesterabend belästigten eine Gruppe von Schwarzafrikanern Fahrgäste im Zug von Neuenburg nach Zürich. Die Gruppe von 18 Schwarzafrikanern waren zum Teil betrunken. 14 Kantonspolizisten und Angehörige der Bahnpolizei und der Securitrans nahmen die Randalierer im Hauptbahnhof in Zürich in Empfang. Einem 19-jährigen Kongolesen wird vorgeworfen, einen Fahrgast beraubt und geschlagen zu haben. Weitere Passagiere, die helfen wollten, erhielten ebenfalls Schläge, ein 15-Jähriger erlitt einen Nasenbeinbruch und eine Rissquetschwunde.
Bemerkung: Was sind das für «Gäste» aus Schwarzafrika, die sich in unserem Land so auf-führen? Wie werden diese Randalierer von unserer Justiz angefasst?



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Mit gestohlenem Auto Unfall verursacht

(Zürcher Tagesanzeiger, 3.1.06)
Zwei schwer Verletzte forderte ein Unfall in der Innenstadt von Zürich. Ein Alfa Romeo geriet ins Schleudern, prallte in einen Beleuchtungskandelaber und landete auf dem Dach in einem Schrebergarten. Zwei Insassen wurden schwer verletzt, sie befinden sich aber nicht in Lebensgefahr. Bei den Unfallverursachern handelt es sich um 18- und 19-jährige Asylsuchende aus Weissrussland. Auto und Kontrollschilder waren gestohlen.
Bemerkung: Den Unfallschaden und die Heilungskosten bezahlen wir Bürger mit den Versicherungsprämien.

«gut eingebürgert»

(«20-Minuten», 3.1.06)
Ein 26-jähriger Schweizer, gebürtiger Mazedonier, feierte in Goldach/SG auf seine besondere Art den Silvester. Er feuerte drei Schüsse auf das Auto seines Nachbarn. Ein Schuss zertrümmerte die Heckscheibe, eine Kugel durchbohrte das Dach und eine dritte Kugel traf die Türe und steckte im Fahrersitz. Gemäss Po-

lizeisprecher habe er aus Jux auf diese Art das neue Jahr gefeiert. Der Schütze sitzt in U-Haft wegen Gefährdung des Lebens, denn er wusste ja nicht, ob jemand im Auto sass.

Bemerkung: Was wird eigentlich

von jungen Leuten verlangt, dass sie das Schweizer-Bürgerrecht erhalten? Warum wird diesen Leuten der rote Pass nach solchen Vorfällen nicht wieder entzogen?

Kurt Koller, Lichtensteig/SG



Valentin Oehen wieder bei den Schweizer Demokraten (SD)

Die alten Wunden sind verheilt: Die Schweizer Demokraten (SD) haben an ihrer Sitzung vom Samstag, 7. Januar 2006 in Aarau beschlossen, ihren langjährigen Nationalrat und Vordenker Valentin Oehen wieder in die Partei aufzunehmen.

Zusammen mit Oehen wollen die SD die Lex Koller retten. So empfiehlt der Zentralvorstand den SD-Delegierten, das Referendum gegen die völlige Freigabe des Grundstückserwerbs von Personen im Ausland zu ergreifen. Eine SD-Delegiertenversammlung soll ab-

schliessend über die Lancierung des SD-Referendums gegen den Ausverkauf unseres Heimatbodens entscheiden.

*Schweizer Demokraten (SD),
Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident*

«Schweizer Demokrat» neu in Farbe

Es ist uns ein Bedürfnis, unsere Partei und unser Parteiorgan den jeweiligen werbetechnischen Vorgaben anzupassen. Deshalb erhalten Sie die neuste Ausgabe unserer Parteizeitung in einem neuen Kleid, oder besser gesagt bunter und farbiger – dies ohne all zu grossen finanziellen Mehraufwand. Es ist aber wichtig, dass nun schnell sämtliche Jahresabonnemente beglichen werden. Sie er-

sparen uns somit unnötige Kosten wie Mahnspesen usw. Ausserdem bewirkt die Bezahlung eines jeden Abonnements mit dem vorge-druckten Einzahlungsschein, dass wir auch im kommenden Jahr vom Zeitungsvorzugstarif der Post profitieren können. Zudem sind wir daran, eine umfassende interne Datenabgleichung vorzunehmen. Sofern Sie, auch unter anderen Adressen mehr als einmal unsere

Zeitung erhalten oder erhalten haben, bitten wir Sie, uns dies mitzuteilen. Den SD-Veranstaltungskalender veröffentlichen wir noch jede zweite Ausgabe. Die aktuellen Veranstaltungen finden Sie jedoch laufend auf unserer Heimseite www.schweizer-demokraten.ch. Gucken Sie doch einfach sporadisch rein!

*Bernhard Hess, Nationalrat und
SD-Zentralpräsident, Bern*